

# Dokumentation

zum

## Konflikt

## KJG – Bischofskonferenz

#### Vorbemerkung

Die Bundesleitung der KJG legt hiermit eine ausführliche Dokumentation zum Konflikt zwischen der Katholischen Jungen Gemeinde und der Deutschen Bischofskonferenz vor.

Diese Dokumentation verfolgt das Ziel die Diözesanleitungen und die Mitglieder der Bundeskonferenz ausführlich über den Konflikt zu informieren, um eine sachliche Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Damit wird eine begrenzte verbandliche Öffentlichkeit über den Konflikt orientiert. Die Bundesleitung bedauert es, daß zu einem Zeitpunkt, zu dem Vertraulichkeit vereinbart war, Verantwortliche, die über den Konflikt informiert waren, Informationen darüber weitergegeben haben. Diese Informationen waren nicht selten einseitig.

Diese Dokumentation will mit dazu beitragen, eine umfassende Information über den Konflikt zu gewährleisten. Die Bundesleitung hat diese Dokumentation nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt.

Sie hat alle abgesicherten Informationen in dieser Dokumentation niedergelegt. Dabei war es manchmal schwierig mündliche Informationen, die nicht schriftlich dokumentiert waren, in dieser Dokumentation nachzuzeichnen.

Alle erwähnten, aber nicht veröffentlichten Dokumente, sind bei der Bundesleitung jederzeit einzusehen.

Ihre Nichtveröffentlichung hatte lediglich ökonomische Gründe.

An dieser Dokumentation haben der ehemalige Bundesleiter der KJG Helmut Westrich, die amtierende Bundesleiterin Marlies Becker und der amtierende Bundesleiter Dieter Filsinger mitgearbeitet.

Die Bundesleitung hofft, daß mit dieser Dokumentation eine sachliche Auseinandersetzung ermöglicht wird.

Düsseldorf, den 21. Oktober 1976

die Bundesleitung KJG

▶ I n h a l t

1. Chronologische Darstellung des Konflikts  
S. 1- 36
2. Dokumententeil  
Dokumente 1-9

Impressum:

Herausgeber: Bundesleitung der KJG  
Anschrift: 4 Düsseldorf 30  
Carl-Mosterts-Platz 1  
Postfach  
Tel. 0211/ 49 00 91

Redaktionsschluß: 21. Oktober 1976

Veröffentlichungen nur mit Genehmigung der Bundesleitung.

17. Mai 1976

Bundespräses Böcker informiert die Geistlichen Leiter der KJG, Franz Bögershausen, bei einem informellen Gespräch anlässlich des Priesterkonvents, über seine und Bischof Tenhumbergs Bedenken gegen eine Kandidatur von Dieter Filsinger

für das Amt des Bundesleiters,

und daß im Falle einer Wahl wohl mit Schwierigkeiten zu rechnen sei. Er nennt als Gründe:

- den Freiburger Konflikt
- das politische Agieren von Dieter Filsinger (z.B. in der Hauptversammlung)
- daß Dieter Filsinger unverheiratet mit seiner Freundin zusammen lebe.

18.-21.  
Mai 1976

Klausurtagung der Bundesleitung KJG in Hardehausen.

Franz Bögershausen berichtet der Bundesleitung über das Gespräch mit Bundespräses Böcker.

Die Bundesleitung entscheidet daraufhin, bei Bischof Tenhumberg um ein Gespräch nachzusuchen.

Das Gespräch wird noch während der Klausurtagung für den 26. 5. 1976 vereinbart. Die Bundesleitung setzt sich mit den, von Bischof Tenhumberg über Bundespräses Böcker geäußerten Bedenken auseinander und entscheidet gemeinsam nach langer Diskussion bei dem Gespräch mit Bischof Tenhumberg im Hinblick auf Dieter Filsinger nicht selbst

initiativ zu werden, jedoch bei Anfragen Rede und Antwort zu stehen.

Zu diesem Zeitpunkt waren außer Dieter Filsinger noch zwei andere Kandidaten im Gespräch, die zwar Interesse am Amt des Bundesleiters geäußert hatten, sich aber noch nicht endgültig für bzw. gegen eine Kandidatur entschieden hatten.

26. Mai 1976

Gespräch von Franz Bögershausen und Marlies Becker mit Bischof Tenhumberg in Münster.

Gesprächsgegenstände sind:

- das Problem „Nichtkatholische Christen in der KJG“ (Vorbereitung der Bundeskonferenz)
- Aktion und Großveranstaltung

- die anstehenden Wahlen (Geistlicher Leiter, Bundesleiter)

Die Bundesleitung befragt Bischof Tenhumberg auch dahingehend, ob er irgendwelche Schwierigkeiten mit der KJG habe. Bischof Tenhumberg verneint dies.

12. Juni 1976

Wahl des Bundesleiters auf der Bundeskonferenz (8.-13. Juni 1976)

In der Personalbefragung wird Dieter Filsinger vor allem auch nach seinem Verständnis von Kirche, sein Verhältnis zu den Bischöfen und zum Konflikt in Freiburg ausführlich befragt.

(Da die Personaldebatte nicht öffentlich stattfindet, kann hierüber in dieser Dokumentation nicht berichtet werden)

Dieter Filsinger wird mit 57 Ja, 24 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zum Bundesleiter gewählt.

21. Juni 1976

Der Informationsdienst des BDKJ berichtet u.a. über die Wahl von Dieter Filsinger zum Bundesleiter.

23. Juni 1976

Die Ständige Kommission BDKJ - Bischofskonferenz tagt im Jugendhaus Düsseldorf. Bischof Tenhumberg fragt den Vertreter der KJG, Helmut Westrich, um Informationen von der Bundeskonferenz der KJG nach. Bundesleiter Helmut Westrich berichtet über die Bundeskonferenz, vor allem über die Entscheidung „Nicht-Katholische Christen“ in der KJG. Helmut Westrich unterläßt es jedoch, auch über die Wahlen zu berichten. Helmut Westrich bittet Bischof Tenhumberg um ein Gespräch, bei der die alte Bundesleitung sich verabschieden kann und

die neue Bundesleitung sich vorstellen könne.

Bischof Tenhumberg erfährt nach der Sitzung von Bundespräsidentes Böcker, daß Dieter Filsinger zum neuen Bundesleiter gewählt wurde. Er äußert, daß er Dieter Filsinger nicht anerkennen werde.

28.-30.  
Juni 1976

Klausurtagung der Bundesleitung in Herzogenrath. Bundespräsidentes Böcker informiert Franz Bögershausen telefonisch über die Reaktion von Bischof Tenhumberg auf die Wahl Dieter Filsingers.

Franz Bögershausen bittet für die Bundesleitung um einen Termin für einen Antritts- bzw. Abschiedsbesuch der Bundesleitung. Als Termin wird der 5. Juli 1976 vereinbart.

2. Juli 1976

Bundespräsidentes Böcker teilt der Bundesleitung in einem Gespräch mit, daß Jugendbischof Tenhumberg schwere Bedenken gegen den gewählten Bundesleiter Dieter Filsinger habe.

Er nennt dafür zwei Gründe:

1. den Konflikt in Freiburg, an dem Dieter Filsinger mitbeteiligt war.
2. die persönliche Lebensform von Dieter Filsinger, wobei dem Punkt 2. eine größere Bedeutung zukomme.

Außerdem sei Bischof Tenhumberg enttäuscht und entrüstet darüber, daß die Bundesleitung ihn nicht über die Kandidatur von Dieter Filsinger informiert habe.

Bundespräsidentes Böcker weist daraufhin, daß er bereits vor Monaten (ca. Febr. 76), einen Anruf Bischofs Tenhumbergs bzgl. Dieter Filsinger erhalten habe, in dem Bischof Tenhumberg nachgefragt habe, warum Dieter Filsinger im Jugendhaus beschäftigt sei. Er habe Bedenken gegen Dieter Filsinger.

Bundespräsidentes Böcker informiert, daß Dieter Filsinger als Zdl in der Bundesstelle KJG beschäftigt sei und damit einen Zeitvertrag habe.

Bundespräsidentes Böcker habe jedoch die Bundesleitung nicht darüber informiert (Begründung: Zeitvertrag als Zivildienstleistender).

Er habe jedoch Franz Bögershausen anlässlich des Priesterkonvents am 17. Mai 1976 über die Bedenken von Bischof Tenhumberg gegen Dieter Filsinger informiert.

Dieter Filsinger teilt Bundespräsidentes Böcker mit, daß es richtig sei, daß er mit seiner zukünftigen Frau zusammenwohne, daß aber eine Heirat bereits seit langem geplant sei, jedoch aus diversen Gründen (2. Examen-Arbeit in der Bundesstelle) noch nicht möglich war, daß er jedoch spätestens zum Amtsantritt am 1. Oktober verheiratet sei. Die Bundesleitung sei darüber informiert gewesen.

Bundespräsidentes Böcker äußert, daß er diese Lebensform für einen Bundesleiter nicht tragbar hält, sieht jedoch eine Lösung, wenn Dieter Filsinger aus ehrlichen Gründen und überzeugt heiratet. Er sagte zu, dies auch gegenüber Bischof Tenhumberg zu vertreten.

5. Juli 1976 Gespräch mit Bischof Tenhumberg in Münster.

Teilnehmer: Helmut Westrich  
 Marlies Becker  
 Franz Bögershausen  
 Dieter Filsinger  
 Generalvikar Dr. Spital, Münster

Bischof Tenhumberg trägt der Bundesleitung seine Kritik am Informationsverhalten der Bundesleitung in Sachen Kandidatur Dieter Filsinger vor und wiederholt seine Bedenken gegen Dieter Filsinger. Er fordert Dieter Filsinger auf, sein Amt nicht anzutreten und die Möglichkeit für Neuwahlen zu schaffen.

Bischof Tenhumberg führt weiter aus, daß dieser Fall öffentlich geworden sei und daß er Fakten nicht rückgängig machen könne. "Es sei bereits in den Wandelgängen von Hardehausen darüber ausführlich diskutiert worden!" Die Bundesleitung versucht dem Bischof ihre Informationstätigkeit in Bezug auf Kandidaten für Wahlämter zu erläutern und bedauert vorgekommene Mißverständnisse.

Sie erklärt, daß ihr von solchen Gesprächen in den "Wandelgängen" nichts bekannt sei. Die Sache sei keineswegs öffentlich.

(Anm.: Nach intensiven Nachfragen bei Bundesausschußmitgliedern und bei Konferenzteilnehmern hat sich herausgestellt, daß es niemanden gibt, der etwas von diesen Wandelgängen weiß. Bleibt also die Frage, wer Bischof Tenhumberg über dieses "Wandelgängen-Gespräch" informiert hat.)

Die Bundesleitung bittet den Bischof Tenhumberg um Verständnis für die Situation von Dieter Filsinger vor allem für seine Lebensgeschichte, sie sei von seiner Lebensform informiert gewesen und habe sie akzeptiert.

Die Bundesleitung plädiert dafür, eine andere Lösung zu suchen als die von Bischof Tenhumberg vorgeschlagene.

Weitere Gespräche werden vereinbart, sobald die internen Beratungen ein Stück weitergekommen sind.

Es wird Vertraulichkeit der Sache vereinbart.

6. Juli 1976

Sitzung des Bundesausschuß KJG in Mainz.

Die Bundesleitung KJG informiert über die derzeitige Problemlage.

Der Bundesausschuß kommt aufgrund der neuen Situation, des nicht vorhandenen schriftlichen Materials und der Kürze der Sitzung noch nicht zu einer abschließenden Beurteilung.

Hinsichtlich der Problemlage gibt es unterschiedliche Beurteilungen. Solche waren:

- das Vorgehen von Bischof Tenhumberg wurde als Eingriff in die Verbandsautonomie empfunden.
- Der Vorwurf gegen Dieter Filsinger wird als nicht bedeutsam für das Amt des Bundesleiters betrachtet.

In beiden Fragen gibt es jedoch bei den Mitgliedern des Bundesausschusses unterschiedliche Beurteilungen. Das Vorgehen der Bundesleitung bezüglich der Information von Bischof Tenhumberg über die Kandidatur von Dieter Filsinger wird kritisiert, von einigen Mitgliedern des Bundesausschusses wird dieses Vorgehen scharf kritisiert.

Der Bundesausschuß fordert die Bundesleitung auf, in Gesprächen eine Lösung zu suchen. Die Bundesleitung klärt sich bereit weitere Gespräche mit Bischof Tenhumberg zu führen. Auch Bundespräsident Böcker erklärt sich bereit in Gesprächen mit zur Lösung des Konflikts beizutragen.

Als nächste Sitzung für den Bundesausschuß wird der 29. Juli 76 in Köln beschlossen.

13. Juli 1976  
(Absendetag)

Die Bundesleitung KJG schreibt Bischof Tenhumberg einen Brief, in dem sie ihre Position und ihre Sicht der Dinge noch einmal darstellt. (siehe Dokument 1)

12. Juli 1976  
(Absendetag)

Bischof Tenhumberg schreibt der Bundesleitung einen Brief (siehe Dokument 2)

.Juli 1976

Dieter Filsinger bittet Bischof Tenhumberg um ein Gespräch.  
Termin: 16.7.1976, 10.00 Uhr in Münster

.Juli 1976

Brief der Bundesleitung KJG an Bischof Tenhumberg.  
(siehe Dokument 3)

16. Juli 1976

Bischof Tenhumberg und Dieter Filsinger führen in Münster ein persönliches Gespräch.

In dem Gespräch formuliert Bischof Tenhumberg noch einmal seine Bedenken gegen einen Amtsantritt von Dieter Filsinger als Bundesleiter. Er hebt vor allem darauf ab, daß es sich bei dem Amt des Bundesleiters um ein öffentliches Amt handle, und er deshalb keine pastorale Lösung sehe. Er äußert, daß er Dieter Filsinger nicht verurteilen wolle und ihn auch für subjektiv glaubwürdig halte, daß er jedoch davon ausgehe, daß Dieter Filsinger in der Frage "Zusammenleben vor der Ehe" in einem objektiven Widerspruch zur kirchlichen Lehre stehe und er dies nicht hinnehmen könne.

Dieter Filsinger versucht noch einmal seine Haltung und sein Verhalten und seine derzeitige Situation darzustellen. Er betont, daß er die Norm der Ehe als verbindlich für sich ansehe, er betont auch, daß er die kirchliche Heirat für sich voll und ganz akzeptiere, daß es jedoch widrige Umstände gegeben habe, die eine kirchliche Heirat vor dem heutigen Tag verhindert hätten. Dieter Filsinger legt dar, daß er bis zum Amtsantritt verheiratet sei. Er äußert, daß er gerne im kirchlichen Bereich arbeiten möchte und daß er gerne eine andere Lösung als die von

Bischof Tenhumberg vorgeschlagene suchen möchte. Bischof Tenhumberg äußert, daß er Dieter Filsinger in diesem Bemühen unterstützen würde. Bischof Tenhumberg bittet Dieter Filsinger, sein Amt nicht anzutreten und ihm seine Entscheidung möglichst bald mitzuteilen. Dieter Filsinger sagt Bischof Tenhumberg zu, daß er ihn vor der Sitzung des Ständigen Rates über seine Entscheidung schriftlich informieren werde. Bischof Tenhumberg sieht Schwierigkeiten für ein weiteres kirchliches Engagement, wenn Dieter Filsinger die von ihm vorgeschlagene Lösung nicht akzeptiere.

Auf Anfrage von Dieter Filsinger, im Auftrag der Bundesleitung, stimmt Bischof Tenhumberg einer Information der Diözesanleitungen und des Bundesausschusses über den Stand des Konfliktes zu.

19. Juli 1976

Die Bundesleitung informiert in einem vertraulichen Schreiben über die jüngsten Vorgänge seit der Bundeskonferenz. Sie beschränkt sich dabei auf die wichtigsten Informationen.

Verteiler:

alle Diözesanleitungen KJG  
den Bundesausschuß

die nebenamtlichen Referenten der Bundesstelle KJG  
den Bundesvorstand BDKJ

Bischof Tenhumberg.

29. Juli 1976

Bundesausschuß KJG in Köln.

Die Bundesleitung berichtet über den aktuellen Stand des Konfliktes. Sie gibt Erläuterungen zu der von ihr zusammengestellten kleinen Chronologie, die die Diözesanleitungen am 19. Juli 1976 vertraulich zugestellt bekommen hatten.

Sie berichtet auch ausführlich über die Vorgänge vor der Bundeskonferenz.

Sie informiert auch über bisher eingegangene Stellungnahmen von Diözesanleitungen, und außerdem geben die anwesenden Diözesanleitungen auch ihre Stellungnahmen ab.

Die meisten Mitglieder des Bundesausschusses sehen keinen Grund für einen Rücktritt bzw. Neuwahlen. Es wird vor allem noch einmal die Autonomie des Verbandes betont.

Bzgl. der Informationsproblematik ist der Bundesausschuß der Ansicht, daß die Bundesleitung Fehler begangen habe. Die Bundesleitung äußert, daß sie diese Fehler auch sehe, und daß sie in einem Gespräch mit Bischof Tenhumberg versuchen wolle, die aufgetretenen Schwierigkeiten auszuräumen.

Die Bundesleitung äußert, daß sie Bischof Tenhumberg noch einmal verdeutlichen werde, daß sie in diesem Punkt einen Fehler begangen habe, daß sie aber dennoch eine weitere gute Zusammenarbeit für die Zukunft sehe.

Die Bundesausschußmitglieder bitten die Bundesleitung, Bischof Tenhumberg zu verdeutlichen, daß der Bundesverband nicht gleichgesetzt werden könne mit der Bundesleitung, und daß wenn von Seiten der Bundesleitung Fehler gemacht worden seien, diese mit ihr geklärt werden müßten.

Einige Bundesausschußmitglieder äußerten, daß, wenn Bedenken gegen einen Kandidaten vorliegen, Infor-

mationspflicht gegenüber dem Bischof bestehe. Diese Position wird jedoch nicht von allen Mitgliedern des Bundesausschusses geteilt.

Bundespräsident Scheuß geht noch einmal auf die Normfrage ein und fragt Dieter Filsinger, wie er zu den kirchlichen Normen hinsichtlich Ehe und Ehebeginn stehe.

Dieter Filsinger äußert dazu, daß er zu den Normen der Kirche stehe, daß es jedoch widrige Umstände gegeben habe, die ihn daran gehindert hätten gleichzeitig mit dem Bezug der gemeinsamen Wohnung kirchlich zu heiraten.

Bundespräsident Scheuß fordert Dieter Filsinger auf sich öffentlich zu korrigieren, andernfalls sehe er keine Chance für eine Lösung, bzw. werde er auch öffentlich gegen Dieter Filsinger Stellung beziehen.

Er bietet Dieter Filsinger einen Gesprächstermin an.

Es wird vereinbart, daß die Mitglieder des Bundesausschusses und die Diözesanleitungen regelmäßige Informationen über den Stand des Konflikts erhalten. Die Geistlichen Leiter Alfons Vietmeier und Anton Weber erklären sich bereit an einem Gespräch der Bundesleitung mit Bischof Tenhumberg teilzunehmen.

13. Aug. 1976

Dieter Filsinger führt ein Gespräch mit Bundespräsidenten Anton Scheuß. Dieter Filsinger legt dar, daß er die kirchlichen Normen in dieser Sache für sich verpflichtend ansehe und daß er auch keine neuen Normen begründen wolle. Als sich Dieter Filsinger und seine zukünftige Frau entschieden, zusammen zu ziehen, sei eine Entscheidung für die Ehe vorausgegangen. Es habe jedoch widrige Umstände gegeben, die eine kirchliche Eheschließung verhindert hätten. Dieter Filsinger führte weiterhin aus, daß er Bischof Tenhumber einen Brief schreiben wolle, in dem er seine Position noch einmal darlegen wolle.

Bundespräsident Scheuß führt aus, daß die zur Diskussion anstehende Angelegenheit sehr wichtig sei, und daß Bischof Tenhumber nicht über diese Sache hinweg sehen könne. Er legt auch seine Position dar, die er so formuliert, daß es bei dieser Frage nicht nur um die Durchsetzung eines Prinzips gehe, sondern um die Sicherung eines hohen Rechtsgutes.

Er führt weiterhin aus, daß er Sorge habe, daß das Verhalten von Dieter Filsinger für ihn selbst und seine Freundin, aber auch noch viel mehr für andere junge Menschen, z.B. in der KJG, sich als nachteilig erweisen könne. Das Verhalten von Dieter Filsinger sei nicht nur für ihr bedeutsam, sondern auch für die jungen Menschen, die davon Kenntnis nehmen. Dies sei vor allem wichtig, weil das Amt des Bundesleiters ein öffentliches Amt in einem katholischen Verband sei. Bundespräsident Scheuß legt auch die geschichtliche Entwicklung der Gestaltung der Ehe und des Eheabschlusses dar.

Bundespräsident Scheuß gesteht zu, daß Dieter Filsinger und seine Freundin diese Angelegenheit ausführlich und gründlich reflektiert hätten, führte jedoch aus, daß sie faktisch die rechtliche Dimension der Ehe ignorierten.

Bundespräsident Scheuß geht vor allem darauf ein, daß Verbindungen, die nicht rechtlich verbindlich seien, in der Gefahr seien, leichter zu zerbrechen.

Er weist vor allem darauf hin, daß Ehe ein Sakrament sei, daß in der Gemeinschaft und der Ordnung der Kirche gespendet und empfangen werde. Er weist darauf hin, daß es ein verkürztes Verständnis von Kirche und Ehe sei, wenn die Tatsache des Getauftseins der beiden Partner und deren Wille zur Ehe als ausreichend angesehen werde. Er äußert ferner, daß von einem Bundesleiter der KJG erwartet werden müsse, daß er sich bemüht, die Ehe auch als Sakrament und in ihrer kirchlichen Dimension zu sehen.

Bundespräsident Scheuß weist daraufhin, daß er bereit sei, sich für Dieter Filsinger einzusetzen, wenn er seine Haltung überdenke und öffentlich korrigiere. Ansonsten, so deutete er an, werde er gegen ihn Position beziehen.

19. August 1976

Dieter Filsinger schreibt einen Brief an Bischof Heinrich Tenhumberg (siehe Dokument 4)

19. August 1976

Dieter Filsinger schreibt einen Brief an die Diözesanleitungen der KJG (siehe Dokument 5)

19. August 1976

Die Bundesleitung stellt beide Briefe den Diözesanleitungen zu.

19. August 1976

Alfons Vietmeier informiert per Telefon Helmut Westrich über ein Gespräch zwischen ihm und Jugendbischof Heinrich Tenhumberg.

In dem Gespräch teilt Alfons Vietmeier nochmal die Überlegungen von Bischof Heinrich Tenhumberg mit.

20. August 1976

Helmut Westrich versucht einen Termin mit Bischof Tenhumberg zu vereinbaren.

21. August 1976

Helmut Westrich vereinbart mit der Sekretärin von Bischof Tenhumberg einen Termin für den 25.8.76. Gesprächsteilnehmer sollen Alfons Vietmeier, Anton Weber, beide Mitglieder des Bundesausschuß und Helmut Westrich sein.

23. August 1976

Gespräch zwischen Helmut Westrich, Bundespräsident Scheuß und Bundesvorsitzende Dr. Barbara Schmidt-Egger. Anlaß für dieses Gespräch war ein Gesprächstermin von Scheuß mit dem Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz Dr. Homeyer in Bonn, welches Nachmittags stattfand. Inhalt des Gespräches war der folgende:  
Scheuß hat am 21.8.76 mit Bischof Tenhumberg gesprochen. Bischof Heinrich Tenhumberg hatte zu diesem Zeitpunkt den Brief von Dieter Filsinger. Aufgrund des Briefes von Dieter Filsinger habe sich, so Scheuß, nach Aussagen von Bischof Tenhumberg, eine Situation ergeben, die es erforderlich mache, daß der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz informiert werde und handle.  
Der Bundesvorstand sehe die Lage so:  
Aufgrund des Lehramtes müßten die Bischöfe zu den Vorgängen etwas sagen, dies habe nichts mit der Autonomie der Verbände zu tun.  
Sie wiesen noch einmal auf die exponierte Stellung eines Bundesleiters hin und die bereits vorhandene Öffentlichkeit.

August 1976

Helmut Westrich führt ein Telefongespräch mit Bundespräsident Scheuß über sein Gespräch mit Dr. Homeyer vom 23.8.76. Scheuß teilte mit, daß er Dr. Homeyer Informationen und Hintergründe gegeben habe. Des Weiteren sagte er, daß die Bundesleitung in Kürze einen Brief von dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz erhalten würde. In diesem Brief würde etwa folgendes stehen:

- Beschreibung des Sachverhaltes;
- Hinweis auf die Autonomie des Verbandes;
- Gleichzeitig des Hinweis, daß katholische Verbände an Lehre und Ordnung der Kirche gebunden sind;
- Daß diese Angelegenheit auf einer außerordentlichen Bundeskonferenz zu behandeln und zu regeln sei;
- Sollte dies nicht der Fall sein, so müßten wir mit einem Entzug des "Katholisch" rechnen.

25. August 1976 Alfons Vietmeier (Münster), Anton Weber (Freiburg) und Helmut Westrich führen in Münster ein Gespräch mit Bischof Heinrich Tenhumberg.

Der Inhalt des Gespräches war folgender:

- 1) Wir fragten Bischof Tenhumberg, warum in dieser Härte reagiert würde? Gleichfalls, ob es andere Dinge gäbe (Konflikt Freiburg-Politische Einstellung), die eine entscheidende Rolle spielen könnten. Bischof Tenhumberg sprach zunächst zwei Gerüchte an, die ihm zu Ohren gekommen seien. Namen nannte er keine.
  - a) er solle gedroht haben, daß Dieter Filsinger keine kirchliche Anstellung mehr bekomme, wenn er den vorgeschlagenen Lösungsvorschlag, das Amt des Bundesleiters nicht anzutreten, nicht akzeptiere.
  - b) Dieter Filsinger sei wegen seiner politischen Einstellung abzulehnen.
 Beide Gerüchte wies Bischof Heinrich Tenhumberg zurück. Dies habe er auch in einem Brief an den Bundesvorstand des BDKJ getan.

Zu a) stellte Bischof Heinrich Tenhumberg fest:

Sofern es zu einer öffentlichen Auseinandersetzung auch in den Massenmedien komme, könne es sehr wohl sein, daß Dieter Filsinger es schwer haben werde, in einem deutschen Bistum eine kirchliche Anstellung zu finden. Er selbst wolle jedoch über ihn nicht den Stab brechen, vielmehr habe er ihm angeboten bei Schwierigkeiten bezüglich einer kirchlichen Anstellung fürsprechend tätig zu werden.

Zu b) stellte Bischof Heinrich Tenhumberg fest: Er habe sich bei dem Konflikt in Freiburg immer nur sachlich um das Problem des Mitspracherechtes des Erzbischofs bei Wahlen in den Verbänden bemüht, nie um die Person Dieter Filsinger. Grund der jetzt vorgenommenen Ablehnung von Dieter Filsinger sei einzig sein Zusammenleben, wenn gleich es nicht ausgeschlossen sei, daß bei den politischen Ansichten mögliche Differenzen vorhanden seien. Zu den Gerüchten konnten die drei Gesprächsteilnehmer nichts erwidern, da sie nicht wußten, woher und von wem diese Gerüchte kommen.

Bischof Heinrich Tenhumberg formuliert die Gründe, die es ihm geboten erscheinen lassen, die bekannten Konsequenzen zu ziehen.

- a) Die Lebensform von Dieter Filsinger stehe im Gegensatz zur Lehre und Ordnung der Kirche.
- b) Gerade bei einem Bundesleiter sei dies umso schlimmer, da es sich um ein öffentliches Amt handle und gerade auch neue Akzente in der pädagogischen Arbeit gesetzt würden.
- c) Der gesamte Vorgang sei öffentlich, zumindest beschränkt öffentlich geworden.

Es sei eine Schwelle überschritten, wo noch verhindert werden könne, daß es in alle möglichen Kanäle einsickere. Deshalb seien jetzt die Bischöfe auch in ihrem Leitungs- und Hirtenamt eingefordert. Dieses Faktum habe auch die Bundesleitung zu verantworten, da sie die Informationen an den Bundesausschuß und an die Diözesanleitungen weitergegeben habe; zwar mit seinem Einverständnis, doch gegen seinen Rat. Aus diesem Grunde sei eine pastorale Lösung nicht mehr möglich.

- d) Dieter Filsinger verteidige diese seine Lebensform auch noch. Darüberhinaus habe er einen verkürzten Gemeindebegriff, wenn für ihn Gemeinde nur dann gegeben sei, wenn bei einer kirchlichen Heirat seine Bekannten anwesend seien. Von einem Bundesleiter erwarte er mehr Abstraktionsfähigkeit für Kirche als Gemeinde.
- e) Durch den Brief und das Gespräch mit Dieter Filsinger habe er kein Vertrauen in seine Person. Dies insbesondere, da ihn Dieter Filsinger habe für dumm verkaufen wollen, indem er z.B. in dem Gespräch vom 5. Juli 1976 erklärt habe, seine Lebensform könne ja auch eine Tischgemeinschaft sein. Auch habe Dieter Filsinger in dem persönlichen Gespräch mit ihm vom 16.7.76 gesagt, er könne Theologen nennen, die behaupten, was die Kirche diesbezüglich sage, sei blabla.
- f) Der Konflikt sei deshalb bei der KJG so schwerwiegend, weil sie ein Verband sei, der die Herzmitte der Kirche treffe und zwar durch ihre Geschichte, ihrem Selbstverständnis als eines Verbandes mit einem deutlichen Gemeindebezug und ihrer konkreten Mitgliederstruktur.
- g) Dieter Filsinger formuliere selbstherrlich, daß er sein Amt antreten wolle. Er sei in dieser Angelegenheit störrisch. Gerade der Brief von Dieter Filsinger an ihn müsse ihn und die Bischöfe bewegen in dieser Sache eine Entscheidung herbeizuführen.

Zu den einzelnen Punkten stellten die übrigen drei Gesprächsteilnehmer fest:

- a) Die Lehre und Ordnung der Kirche wird nach wie vor anerkannt.

Niemand, weder die Bundesleitung, der Bundesausschuß oder gar die Bundeskonferenz und Dieter Filsinger hätten die Absicht gehabt eine Gegennorm aufzustellen. Wir erläuterten die Werte, die heute von vielen jungen Menschen angestrebt und geliebt werden, wenn sie Partnerschaft zu leben versuchen und wiesen dabei auf die dabei auftretenden Schwierigkeiten hin.

- b) Wenngleich das Amt eines Bundesleiters anders zu bewerten sei als die Umstände einer Privatperson, die nicht im "Rampenlicht der Öffentlichkeit" stehe, zuweist jedoch, gerade weil es nicht um neue Normsetzungen gehe, die Ehe in ihren christlichen Werten und Normen gewollt und auch eine kirchliche Heirat angestrebt werde (dies sei ohne Druck schon lange mit Anton Weber abgesprachen gewesen und die Trauung werde noch vor Amtsantritt sein) und wo Dieter Filsinger den formalen Gesichtspunkt (öffentlich-rechtlichen Charakter der kirchlichen Heirat; Gemeindebezogenheit) der Ehe nicht geringschätze, daß die gezogenen Konsequenzen sehr weitreichend seien, zumal
- c) der Grad der Öffentlichkeit immer noch sehr beschränkt sei. Gerade die strenge Vertraulichkeit der Briefe gewährleistet diese Einschränkung, insbesondere auf die unteren Ebenen des Verbandes. Gleichzeitig wiesen wir jedoch darauf hin, daß in einem so schwerwiegenden Konflikt die Bundesleitung die Pflicht habe, den Bundesausschuß und die Diözesanleitungen zu unterrichten.
- d) In dem Schreiben von Dieter Filsinger an Bischof Tenhumberg sehen wir weniger eine Verteidigung als eine inhaltliche Darstellung seiner Gründe und den ernsthaften Wunsch, seine Situation zu erläutern.
- e) Die Antwort von Dieter Filsinger und seine Position müßten von zwei Seiten betrachtet werden. Hier gehe es auch um die Position des Verbandes und um die vorliegenden satzungstechnischen Regularien, die nicht gering

beachtet werden dürften. Dieter Filsinger habe auch, wenngleich dieser Konflikt bestehe, eine Verantwortung vor der Bundeskonferenz. Wir erläuterten noch einmal die Situation auf der Bundeskonferenz und den Entscheidungshintergrund bei der Wahl von Dieter Filsinger.

Bischof Heinrich Tenhumberg erläuterte die möglichen weiteren Schritte und Konsequenzen:

- die Unterlagen gehen an das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Von dort erhielten wir in aller nächster Zeit ein Schreiben.
- der ständige Rat der Bischofskonferenz wird informiert werden.
- die Bischöfe werden ihn nach seiner Meinung fragen, er werde sachlich und objektiv unterrichten, gleichzeitig aber auch eine dargelegte Meinung deutlich formulieren. Dies müsse er nach seinem Gewissen, seiner Verantwortung als Bischof und aus der Pflicht der Information tun. Sofern die Bischöfe zu einer anderen Lösung kommen sollten, würde er diese respektieren.
- Die von ihm vorgeschlagene Lösung hält er für die beste. Sollte Dieter Filsinger einer außerordentlichen Bundeskonferenz Bundesleiter bleiben, müßten kirchenrechtliche Konsequenzen vorgenommen werden.
- Seine Erwartung an die Bundesleitung an den Bundesausschuß ist, daß sie in kluger Weise und in der Verantwortung vor dem gesamten Verband auf Dieter Filsinger einwirke.

Die Vorwürfe an die Bundesleitung bezüglich der Nichtinformation bleiben.

Wir stellten in diesem Zusammenhang nochmal klar, daß wir nicht mit "gezinkten Karten" oder Täuschung gearbeitet, sondern, im Gespräch vom 5. Juli und in dem Brief vom 13.7. und 15.7. dargelegt, aufgrund einer anderen Bewertung gehandelt haben.

Die drei Gesprächsteilnehmer legten Bischof Heinrich Tenhumberg noch einmal klar, daß eine solche vorgeschlagene Lösung nur schwer im Verband, insbesondere den

Jungen Erwachsenen und den Führungskräften klar zu machen sei und schlugen zwei Alternativlösungen vor:

- a) eine Erklärung der Bundesleitung und/oder des Bundesausschusses; oder eine gemeinsame Erklärung und/oder des Bundesausschusses und der Bischöfe. Diese Erklärung (en) könnten inhaltliche Aussagen machen zu Werten und Normen im Zusammenhang von Ehe und Ehebeginn und die Absicht verdeutlichen, keine Gegenorm aufstellen zu wollen.
- b) Eine inhaltliche Diskussion bei der nächsten Bundeskonferenz.

Diese Lösungen schienen Bischof Heinrich Tenhumberg nicht möglich.

Angesprochen auf unsere Befürchtungen, daß Aktion und Großveranstaltung mit hoher Sicherheit nicht realisiert werden könnten, damit hunderte von Gruppen und 10.000 junge Menschen nicht wie geplant arbeiten und nach Aachen kommen könnten, war Bischof Tenhumberg nicht so pessimistisch.

Er meinte:

- Bei einer raschen Neuwahl eines Bundesleiters sei dies möglich.
- Des weiteren wolle er sich dann gerne nocheinmal mit Bischof Hemmerle aus Aachen über eine Freistellung eines Geistlichen für die Großveranstaltung unterhalten.

Zum Schluß stellte Bischof Heinrich Tenhumberg fest, daß einige Tendenzen in der KJG in den letzten Jahren sehr positiv seien.

Dazu gab Dieter Filsinger folgende Erklärung zu den Akten:

1. Ich habe bei dem Gespräch mit Bischof Tenhumberg am 5. Juli 1976 darauf hingewiesen, daß die Beziehung zu meiner zukünftigen Frau, vor allem auch eine Tisch- bzw. Lebensgemeinschaft sei, nachdem Bischof Tenhumberg vor allem den sexuellen Aspekt betont hatte.

Ich habe vor allem deutlich gemacht, daß meine Entscheidung mit meiner zukünftigen Frau eine gemeinsame Wohnung zu nehmen darin begründet war, daß wir gemeinsam unsere neue Situation in Düsseldorf bewältigen wollten.

2. Ich habe in dem Gespräch am 16. Juli Bischof Tenhumberg u.a. deutlich gemacht, daß die Frage des Ehebeginns theologisch nicht unstrittig sei und daß ich Theologen kennen würde, die in dieser Frage eine andere Auffassung vertreten. Ich habe ferner betont, daß ich nicht verstehen könne, warum Bischof Tenhumberg in einer Frage, die theologisch nicht unstrittig sei, eine solche rigorose Haltung einnehme.

3. Bischof Tenhumberg hat in dem Gespräch am 16. Juli ausgeführt, daß er mich für subjektiv glaubwürdig halte, daß ich jedoch zu einer für die Kirche entscheidende Norm im Widerspruch stände, und daß dies der Grund sei, warum er vertrete, ich solle mein Amt nicht antreten.

Ich bedaure, daß Bischof Tenhumberg in dem Gespräch am 25. August 1976 in den genannten Punkten eine verkürzte und damit entstellende Darstellung der Gespräche vom 5. Juli und vom 16. Juli 1976 gegeben hat.

gez. Dieter Filsinger

31. August 1976

Bis zu diesem Zeitpunkt gehen eine Reihe von schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen von Mitgliedern von Diözesanleitungen bzw. von Diözesanleitungen ein.

So betonen die Diözesanleitungen Osnabrück und Regensburg in schriftlichen Stellungnahmen, daß sie der Ansicht seien, daß Dieter Filsinger gewählter Bundesleiter sei, daß sie ein Einspruchsrecht der Bischöfe ablehnen und daß sie zu der Wahl Dieter Filsingers als Bundesleiter stehen.

Die gleichen Stellungnahmen geben die Diözesen Freiburg, Mainz, Würzburg, Passau in mündlichen Stellungnahmen ab.

Die Diözesanleitung Speyer äußert bei einem Gespräch mit dem gewählten Bundesleiter Dieter Filsinger, daß sie zwar gewünscht hätte, daß die Bundesleitung die Information bei der Bundeskonferenz gegeben hätte, daß sie aber nach wie vor zur Wahl Dieter Filsingers als Bundesleiter stehen.

Mitglieder von Diözesanleitungen der Diözesen Paderborn, Trier und Fulda äußern in mündlichen Stellungnahmen, daß sie in der Lebensform von Dieter Filsinger kein Ablehnungsgrund als Bundesleiter sehen, daß sie ein Eingriffsrecht der Bischöfe in die Autonomie des Verbandes ablehnen, daß sie der Ansicht seien, daß Dieter Filsinger demokratisch gewählt sei und deshalb auch als Bundesleiter legitimiert sei und daß eine entgeltliche Stellungnahme der gesamten Diözesanleitung noch erfolgen werde.

26. August 1976

Eingang des Briefes des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz vom 24.8.76 (siehe Dokument 6)

30. August 1976

Die Bundesleitung lädt die Mitglieder des Bundesausschusses zu einer Sitzung am 7.9.76 nach Münster ein. Den Bundesausschußmitgliedern wird der Brief des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz vom 24. August 1976 als Anlage zugestellt.

30. August 1976

Sitzung des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz.

31. August 1976

Alfons Vietmeier (Münster) ruft Helmut Westrich in Düsseldorf an und informiert ihn über sein, am gleichen Tag geführtes, Gespräch mit Bischof Tenhumberg bzgl der Sitzung des Bischofsrates vom 30.8.76.

Alfons Vietmeier informiert:

- Der Bischofsrat bejaht die Grundlinie von Bischof Tenhumberg.
- Der Bischofsrat wird im Rahmen des Protokolls oder in einer Erklärung deutlich machen, daß das Verhalten von Dieter Filsinger nicht richtig sei.
- Bischof Tenhumberg hat, wie bereits bekannt, die Angelegenheit an das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz weitergegeben.
- Weiteren Gesprächen mit Bischof Tenhumberg steht nichts im Wege.

Mitglieder der Diözesanleitung Münster begründen, daß sie Dieter Filsinger unterstützen wollen, daß sie in den bisher geäußerten Vorwürfen keinen Grund sehen, daß Dieter Filsinger nicht Bundesleiter bleiben kann. Das Gleiche gilt für den Vertreter der Diözese Stuttgart-Rottenburg im Bundesausschuß. Die Vertreterin der Diözese Köln im Bundesausschuß, äußert, daß die Diözesanleitung Köln nicht bereit sei, einem Konflikt der Bundesleitung mit der Bischofskonferenz zu folgen. (Begründung: Informationspolitik)

Bei allen Diözesanleitungen, auch bei denen, die bereit sind, Dieter Filsinger zu unterstützen, besteht Sorge um den Verband.

1. September 1976

Die Diözesanleitung der KJG Stuttgart-Rottenburg stellt mit Schreiben vom 1. September 1976 einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Bundeskonferenz.

4. September 1976

Sitzung der LAG NRW.

Alfons Vietmeier, Münster, informiert über den neuesten Stand des Konflikts, da

Dieter Filsinger erst aus dem Urlaub zurückgekehrt ist.

Wichtige Gesprächspunkte sind:  
- Informationspolitik der Bundesleitung vor und bei der Bundeskonferenz.

Die meisten Diözesen äußern, daß sie der Ansicht sind, daß die Bundesleitung in dieser Frage einen schweren Fehler begangen habe.

Er werden jedoch Bedenken geäußert, ob der Verband stark genug sei, einen solchen Konflikt durchzutragen und einige sehr große Schwierigkeiten auf den Verband zukommen.

Die Diözesanleitung Limburg äußerte in einer Stellungnahme, daß sie annimmt, daß nicht nur die bisher genannten Punkte eine Rolle spielten, sondern auch noch andere Gesichtspunkte zu einer Ablehnung von Dieter Filsinger durch Bischof Tenhumberg geführt hätten.

Die Diözesanleitung Limburg bittet darum, die Informationstätigkeit der Bundesleitung gegenüber den Diözesanleitungen zu verbessern und eine Vertrauensbasis für Gespräche mit Bischof Tenhumberg herzustellen.

Die Diözesanleitung Augsburg kritisiert in einer Stellungnahme die Informationspolitik der Bundesleitung gegenüber den Diözesanleitungen in diesem Konflikt und sieht sich außerstande, den Konflikt mit der Bundesleitung durchzutragen, da sie nicht die Entscheidung gehabt habe, einen solchen Konflikt einzugehen, bzw. nicht einzugehen.

Die Diözesanleitungen München, Köln, Münster und Stuttgart-Rottenburg haben zu diesem Zeitpunkt noch keine Stellungnahme abgegeben. Die jeweiligen Vertreter haben jedoch im Bundesausschuß ihre Positionen vertreten.

Die Diözesanleitung Essen teilt der Bundesleitung mit, daß sie sich aufgrund zu geringer Informationen noch nicht äußern kann.

6. September 1976

Bundesleiterin Becker bitte Bischof Tenhumberg um ein Gespräch. Bischof Tenhumberg äußert, daß er die Sache an das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz weitergegeben habe, und daß er in dieser Sache nicht mehr verhandeln wolle.  
Bzgl. der Frage des Geistlichen Leiters wolle er gerne mit ihr sprechen.

In einem Schreiben vom 15. September 1976 legt Bischof Tenhumberg diese Überlegungen dar.

- In der Normfrage herrscht die Auffassung, daß das Verhalten von Dieter Filsinger kein Grund sei, ihn als Bundesleiter nicht zu akzeptieren. Bzw. es wird vor allem von den Priestern geäußert, daß diese Probleme von ihnen in der täglichen Praxis pastoral gelöst würden.
- Es wurden Überlegungen angestellt, wie der Verband weiterarbeiten kann.

Dieter Filsinger erläutert seine derzeitige Position wie folgt:

- Er sieht derzeit keinen Grund, sein Amt zur Verfügung zu stellen,
- Viele Diözesanleitungen hätten ihn aufgefordert, im Amt zu bleiben und nicht zurückzutreten
- Es sollen alle Möglichkeiten, vor allem auch Gespräche, genutzt werden, um eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen,
- er will mit möglichst vielen Diözesanleitungen noch ins Gespräch kommen
- er will auch noch mal versuchen, mit Bischof Tenhumberg ins Gespräch zu kommen,
- er will nicht um jeden Preis Bundesleiter bleiben,
- daß der Verband weiterarbeiten kann, ist ihm ein wichtiges Anliegen.

Die Mitglieder der LAG regen eine außerordentliche Bundeskonferenz an. Die anwesenden Diözesanleitungen erklären sich bereit, bei der nächsten Bundesausschusssitzung am 7. Sept. 1976 eine solche außerordentliche Bundeskonferenz zu beantragen. Die LAG macht sich Gedanken, wie eine solche Bundeskonferenz strukturiert werden könne.

7. September 1976 Bundesausschuß der KJG in Münster.

Die Bundesleitung berichtet über den neuesten Stand des Konflikts.

Zu diesem Zeitpunkt hat die Sitzung des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz stattgefunden, und es liegt der erste Brief des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Homeyer, vor.

Bundespräsident Scheuß und Dieter Filsinger berichten von ihrem Gespräch am 13. August 1976.

Bundespräsident Scheuß legt ausführlich seine Ansicht zur Situation dar. Dieter Filsinger stehe im Widerspruch zu einer für die Kirche entscheidenden Norm.

Es sehe in der derzeitigen Situation keine pastorale Lösung mehr. Für den Fall, daß Dieter Filsinger im Amt bleibe, sehe er folgende Konsequenzen:

1. Die Bischöfe würden der Bezeichnung "Katholisch" bei der KJG widersprechen.
2. Dies hätte sicherlich finanzielle Auswirkungen.
3. Der Vorstand des Jugendhauses Düsseldorf e.V. würde Dieter Filsinger nicht anstellen.
4. Eine Mitgliedschaft der KJG im BDKJ sei danach nicht mehr möglich (wenn das "Katholisch" abgesprochen sei).
5. Eine Spaltung des Verbandes sei wahrscheinlich.

Der größte Teil des Bundesausschusses sieht jedoch noch eine pastorale Lösung, vor allem auch deshalb, weil die Norm an sich von Dieter Filsinger nicht in Frage gestellt werde. Die

Die Bundesleitung äußert, daß sie diese pastorale Lösung in einem Gespräch mit dem Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz suchen wolle.

Von den Bundesausschußmitgliedern wird vor allem die Androhung von Sanktionen als Einschüchterungsmaßnahme empfunden.

Eine mögliche Strategie sieht Bundespräsident Scheuß darin, die angedrohte Sanktion der Deutschen Bischofskonferenz zu akzeptieren, aber die Bischofskonferenz zu bitten, die von ihr vertretene Norm ausführlich zu begründen. Danach könne eine Auseinandersetzung stattfinden.

Damit sei aber noch keine politische Lösung gefunden. Diese könne nur darin liegen, daß Dieter Filsinger zurücktrete bzw. abgewählt werde.

Der Bundesausschuß schließt sich mehrheitlich dem Anliegen der Diözese Stuttgart-Rottenburg und der Empfehlung der Bundesleitung an und beantragt eine außerordentliche Bundeskonferenz.

Für die Gestaltung der außerordentlichen Bundeskonferenz werden erste Vorschläge gemacht. Folgende Fragestellungen werden eingebracht:

- der konkrete Konflikt liege darin, daß eine bestimmte Norm in Frage gestellt worden sei. Es müssen folglich Begründungen gefunden werden für die alte und für die neue Norm. Außerdem sei zu klären, wer das Recht habe, in Konfliktsituationen eine Norm für verbindlich zu erklären.
- Ein anderer Vorschlag ging dahin, zu klären, ob die Norm des Ehebeginns eine grundsätzliche Frage sei (Muß-Norm) und ob die Einhaltung dieser Norm ein unaufgebbares Qualifikationskriterium für einen Bundesleiter sei. Ein großer Teil der Bundesausschußmitglieder war der Ansicht, daß ein solches Qualifikationskriterium nur eines unter vielen sein

keiten zu erwarten seien. Er macht jedoch deutlich, daß er ein Votum der Konferenz hat, und daß er vor allem zunächst mit den Diözesanleitungen sprechen möchte, bevor er eine endgültige Entscheidung fällt.

Bundespräsident Scheuß fordert Dieter Filsinger zum Rücktritt auf, und kündigt für den Fall, daß er dies nicht tue an - und für den Fall, daß von keiner Diözesanleitung ein Abwahlantrag gestellt werde, daß er im Bundesvorstand dafür sorgen werde, daß diese einen entsprechenden Antrag stellen werden.

Ullrich Thomassen, Aachen, kündigt an, daß die Diözesanleitung Aachen voraussichtlich einen solchen Antrag stellen werde.

Es wird vereinbart sofort zu informieren, wenn neue Daten vorliegen.

10. September 1976

Die Bundesleitung beruft nach dem Votum des Bundesausschusses vom 7.9.76 in Münster eine außerordentliche Bundeskonferenz ein für den 5.-7.11.76.

10. September 1976

Bischof Tenhumberg erhält ein Exemplar der Aktennotiz des Gesprächs vom 25.8.76 zwischen Bischof Tenhumberg, Anton Weber, Alfons Vietmeier und Helmut Westrich.

könne, und daß die Nichterfüllung dieses Kriteriums eine Wahl nicht ausschließe.

- Für die Bundeskonferenz sei außerdem zu klären, ob es abweichendes Verhalten gebe, ohne daß die Norm in Frage gestellt werde. Es sei ferner zu klären, ob pastoral immer etwas Nicht-Öffentliches sein müsse, oder ob es nicht auch eine öffentliche Pastoral gebe.

- Es sei außerdem darüber zu beraten, in welchem Zusammenhang Norm und pädagogische Ziele stehen.

In der Diskussion darüber wurde deutlich, daß es durchaus Situationen geben könne, wo durch das konkrete Verhalten, die Norm nicht in Frage gestellt werde.

Außerdem wurde dargelegt, daß die Norm des Ehebeginns ein durchaus anstrebbares pädagogisches Ziel sei, damit aber noch nicht absolut zu nehmen sei.

Über diese Fragestellungen wird im Bundesausschuß diskutiert. Es bestehen kontroverse Auffassungen vor allem auch zwischen Bundespräsident Scheuß und anderen Mitgliedern des Bundesausschusses.

Aufgrund der begrenzten Zeit findet jedoch keine ausführliche Diskussion mehr statt.

Dieter Filsinger erklärt zur derzeitigen Situation, daß er keinen Grund für einen Rücktritt sehe. Er wolle alle Chancen für eine andere Lösung nutzen und entsprechende Gespräche führen. Er schließt jedoch einen Rücktritt nicht prinzipiell aus, wenn für den Verband zu große Schwierigkeiten

13. September 1976

Die Bundesleitung schreibt einen Brief an das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (siehe Dokument 7)

13.-14. September 1976

Hauptausschuß des BDKJ in Kettwig. Die Bundesleitung der KJG informiert auf Aufforderung des BDKJ Bundesvorstandes die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses über die derzeitige Situation der KJG. Der Hauptausschuß ist ein nicht öffentlich tagendes Gremium. Im Protokoll des Hauptausschusses wird nicht darüber berichtet.

14. September 1976

Die Bundesleitung der KJG erhält einen Brief vom Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, mit Datum vom 10. September 1976 (siehe Dokument 8)

14. September 1976

Sitzung der LAG Mitte

Die Bundesleitung informiert die anwesenden Diözesanleitungen über den neuesten Stand des Konflikts. In der LAG wird vor allem über die Informationspolitik gesprochen. Dabei wird auch das Verhalten der Bundesleitung als nicht sehr förderlich bezeichnet. Es wird jedoch auch die Frage gestellt, wieso Bischof Tenhumberg die Bundesleitung nicht direkt über seine Bedenken informiert habe. Außerdem wird die Rolle des BDKJ-Bundesvorstandes kritisiert, von dem einige Diözesanleitungen berichten, daß er Informationen über den Konflikt weitergegeben habe, obwohl Vertraulichkeit vereinbart worden sei. Zielgruppe solcher Informationen waren u.a. auch Mitglieder von Hauptausschüssen der jeweiligen Diözesen.

Die LAG ist der Ansicht, daß Dieter Filsinger als Bundesleiter im Amt bleiben soll. Die Diözesanleitungen Mainz, Limburg und Speyer sprechen sich ausdrücklich für eine Weiterarbeit von Dieter Filsinger als Bundesleiter aus.  
Die Bundesleitung wird gebeten, möglichst bald über den aktuellen Stand zu informieren.

15. Sept. 1976

Gespräch zwischen dem Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Dr. Homeyer, Prälat Schütz und den Bundesleitern Marlies Becker und Helmut Westrich.

Im 1. Teil des Gespräches wird, über den Brief der Bundesleitung vom 14.9.76 (Dokument 8) gesprochen. Prälat Homeyer nimmt die Darstellung zur Kenntnis, verdeutlicht aber gleichzeitig, daß er aufgrund der Aktenlage zu dieser Bewertung kommen mußte.

Im weiteren Verlauf wird über den Konflikt selbst gesprochen. Wichtiges Anliegen der Bundesleitung war es, andere Lösungsmöglichkeiten als die bisher vorgeschlagenen zu finden.

Dabei schlägt die Bundesleitung eine gemeinsame Erklärung von Bundesleitung, Dieter Filsinger und Bischofskonferenz vor.

Prälat Homeyer zeigt Verständnis für die Situation des Verbandes, vor allem im Hinblick auf Aktion und Großveranstaltung.

Eine andere Lösung als die bisher von der Bischofskonferenz vorgeschlagene sieht er jedoch nicht.

Prälat Homeyer äußert, daß die Bischofskonferenz ihren Standpunkt konsequent durchtragen werde.

Es sei notwendig, über die Problematik des Ehebeginns ausführlich zu beraten, und dies werde eine Aufgabe der Bischofskonferenz sein, dies müsse jedoch unabhängig von der Lösung dieses Konflikts geschehen.

Die Bundesleitung verdeutlicht, daß sie auch in dieser Situation eine pastorale Lösung noch für möglich halte, da die Öffentlichkeit in dieser Frage noch nicht hergestellt sei.

Die Bundesleitung sagt zu, auch weiterhin Vertraulichkeit zu halten.

Auf die Frage, welche Bedeutung die aufgezeigte Drohung "Widerspruch zur Anerkennung als Katholischer Verband" habe, betont Prälat Homeyer, daß durch diese Formulierung betont werden solle, daß die Bischofskonferenz es ernst meine und konsequent bleiben wolle.

Er macht darauf aufmerksam, daß diese Aussagen einen Protokollauszug darstellten, und daß über die damit verbundenen Konsequenzen noch nicht beraten worden sei.

16. September 1976

Bischof Tenhumberg schreibt der Bundesleitung einen Brief, in der er sich für die ausgesprochene Einladung zur Bundeskonferenz bedankt, jedoch Kritik daran übt, daß die Bundesleitung ihn nicht vorher bzgl. eines Termins gefragt habe.

Er weist daraufhin, daß er in diesen Tagen eine Firmreise geplant habe und daß er eine Verantwortung für seine Gemeinde habe. Er äußert in dem Brief, daß er am 6.11. nachmittags evtl. die Möglichkeit hätte, zur Bundeskonferenz zu kommen, jedoch nicht an den vorgesehenen Ort Augsburg.

Er will sich bemühen evtl. ein Haus in seiner Umgebung zu finden.

18.-30. September 1976

Multiplikatorenschulungen zur Aktion der KJG in Ludwigshafen und Gemen.

Neben dem Kursgeschehen ist der aktuelle Konflikt Hauptgegenstand von Gesprächen während des Kurses. Bei den anwesenden Mitgliedern von Diözesanleitungen herrscht die Überzeugung, daß Dieter Filsinger im Amt bleiben solle.

21.-24. September 1976

Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda.

Die Bischöfe sprechen u.a. auch über die KJG. Es wird u.a. vereinbart, daß die Bischöfe der jeweiligen Diözese mit ihren Diözesanleitungen sprechen sollen.

Das Ergebnis der Beratungen wird der KJG mitgeteilt (Dokument 9).

29. September 1976

Die Bundesleitung lädt den Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Homeyer, zur Bundeskonferenz der KJG nach Adelsried ein.

30. September 1976

Die Bundesleitung lädt Bischof Tenhumberg zur a.o. Bundeskonferenz nach Adelsried ein.

11. Oktober 1976

Bischof Tenhumberg schreibt der Bundesleitung einen Brief, in der er auf das Schreiben der Diözesanleitung Osnabrück eingeht.

Er bezeichnet dieses Rundschreiben als Verstoß gegen die Abmachung der Vertraulichkeit zwischen Bundesleitung und ihm. Er schreibt: "Außerdem enthält sowohl die Stellungnahme als auch die Anlage dazu einige Fehlinformationen und falsche Behauptungen, die um so bedauerlicher sind, als die Adressaten (z.B. die Pfarrleitungen) gar nicht in der Lage sein können, sich ein eigenes Urteil zu bilden, da ihnen nur eine Information von unverantwortlicher Einseitigkeit zugegangen ist."

Bischof Tenhumberg weist darauf hin, daß die Bundesleitung alleine die volle Verantwortung dafür trage, wenn die Vertrauensgrundlage für weitere Gespräche durch Indiskretionen, falsche Informationen, und Manipulationen zerstört werde.

11. Oktober 1976

Bischof Tenhumberg schreibt der Bundesleitung einen Brief, in dem er mitteilt, daß er nicht an der a.o. Bundeskonferenz teilnehmen kann, daß er sich aber bemühen werde, daß ein Mitglied der Bischofskonferenz anwesend sein wird.

Er äußert sein Bedauern, daß wir bis jetzt noch keinen Geistlichen Leiter gefunden haben; und daß er gerne bereit wäre, mit der Bundesleitung darüber noch einmal zu sprechen. Er schlägt als Termin, gemeinsam mit dem Wahlausschuß der KJG, den Donnerstag, den 25. Nov. vor.

12. - 14. Oktober 1976

Klausurtagung der Bundesleitung  
Besprechung der Dokumentation und Vorbereitung der außerordentlichen Bundeskonferenz.

15. - 17. Oktober 1976

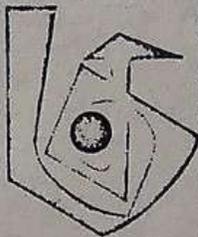
Ordentliche Diözesankonferenzen in B  
und Freiburg.

außerordentliche Diözesankonferenz in  
Osnabrück.

21. Oktober 1976

Die Bundesleitung bittet den Bundesvo  
stand BDKJ um ein Gespräch vor der  
außerordentlichen Bundeskonferenz.

----- Ende der Dokumentation -----



Bundesleitung  
Düsseldorf,  
den 13. 7. '76

Herrn Bischof  
Heinrich Tenhumberg  
Domplatz 27  
4400 Münster

Sehr geehrter, lieber Herr Bischof Tenhumberg,

am 5. Juli 1976 führten wir mit Ihnen ein Gespräch über die Situation der KJG. Von diesem Gespräch waren wir sehr betroffen. Wir haben intensiv über Ihre Fragen und Probleme nachgedacht und wollen in diesem Brief eine Darstellung der Situation aus unserer Sicht vornehmen.

Im Konvent des Jugendhauses am 17. Mai 1976 erfuhr Franz Bögershausen aus verschiedenen Gesprächen, unter anderem auch mit Bundespräsident Bückner, daß Sie Bedenken gegen Dieter Filsinger haben. Da seit einiger Zeit bekannt war, daß Dieter Filsinger sich für eine Kandidatur zum Bundesleiter interessierte, gingen wir davon aus, daß Sie folglich um diese Kandidatur wußten.

Im Verlauf unserer Klausurtagung, die am 18. Mai begann, haben wir ausführlich über die beim Konvent geäußerten Bedenken gesprochen. Noch am selben Tag haben wir uns entschieden, ein Gespräch mit Ihnen zu führen und Sie über anstehende Entscheidungen im Verband zu informieren und Ihnen Gelegenheit zu geben, die Sie interessierenden Fragen und Probleme mit uns zu erörtern. In Kenntnis der Sachlage war von unserer Seite die Bewertung aber nicht so, daß wir in dem Gespräch mit Ihnen initiativ werden mußten. Wir sahen daher von der Problematisierung eines Kandidaten ab. Auch in der Vergangenheit war es weder vereinbart noch wurde es praktiziert, die Kandidaten für die Laienleitungen des Verbandes vorher dem zuständigen Bischof zu benennen.

/2

12

Auf der Bundeskonferenz hat die Bundesleitung aus der vorgenommenen Bewertung heraus es nicht als notwendig angesehen, auf die Lebensform von Dieter Filsinger hinzuweisen. Selbst andere Delegierte, denen diese Form und die damit verbundene beabsichtigte Heirat bekannt war, haben dies in der Konferenz nicht mitgeteilt. Im Verlauf des Wahlvorganges haben Personalbefragung und Personaldebatte die Funktion, den Delegierten Raum zu geben, Fragen an den Kandidaten zu richten, um ihr Meinungsbild auszuweiten und zu einer Entscheidung zu kommen. Die Fragen an den Kandidaten bestimmen sich aus den Interessen und der Verantwortung der Delegierten für ihre Entscheidung.

In der Personaldebatte hat die Bundesleitung auf alle Fragen, die aus der Konferenz zur Person Dieter Filsingers kamen, redlich und lauter geantwortet.

Der Konflikt "Freiburg" nahm sowohl in der Personalbefragung als auch in der Personaldebatte großen Raum ein, da es den Delegierten wichtig war zu erfahren, ob ein neuer Bundesleiter eine positive Haltung zu Bischöfen und Kirche hat.

Nach ausführlicher Befragung und Debatte haben die Delegierten gewählt und sich in einer deutlichen Mehrheit für Dieter Filsinger ausgesprochen. Ein Kandidat, der in einer demokratischen Wahl vor der Bundeskonferenz gewählt wird und befragt wird, ob er sein Amt annehme und dies bejaht, ist verpflichtet sein Amt anzutreten. Ein Rücktritt kann nur vor der Bundeskonferenz erfolgen. Ob ein solcher Schritt in Frage kommt, kann nur der gewählte Bundesleiter entscheiden. In dieser Phase -der Einberufung einer außerordentlichen Bundeskonferenz- ist die Öffentlichkeit nicht mehr zu umgehen. Wir möchten betonen, daß wir zwar an einer öffentlichen Auseinandersetzung nicht interessiert sind, sie ab einem bestimmten Zeitpunkt aber zumindest partiell nicht mehr verhindern können.

Wir haben es auch für notwendig gehalten, unseren Bundesausschuß über die genannten Probleme zu informieren, und wir werden darüber hinaus den Leitungen der Diözesen in den nächsten Tagen eine vertrauliche Mitteilung über die Situation geben. Diese Mitteilung werden wir auch Ihnen zusenden. Außerdem haben wir unsere engsten Mitarbeiter von den Problemen in Kenntnis gesetzt.

Dieter Filsinger hat im Gespräch mit Ihnen in ehrlicher Form seine Lebenssituation und die damit verbundene Perspektive dargestellt. Er hat deutlich betont, daß für ihn die Ehe gültige Norm ist, die von ihm akzeptiert wird und auch zu keiner Zeit in Frage gestellt wurde. Er hat weiter ausgeführt, daß er eine Heirat plane und bis zu seinem Amtsantritt verheiratet sein möchte. Es ist sicher notwendig, bei der Beurteilung einer Beziehung die Entwicklung und die lebensgeschichtlichen Daten der Partner mit zu berücksichtigen.

Bei aller sachlichen Auseinandersetzung halten wir es für notwendig und möglich, die anstehenden Fragen und Probleme in weiteren Gesprächen zwischen Ihnen und uns zu klären, so daß keine neuen Mißverständnisse entstehen und unser bisheriges gutes Verhältnis keiner dauernden Belastung ausgesetzt bleibt.

Mit freundlichen Grüßen, Ihre

Marlies Becker  
(Marlies Becker)

Franz Bögershausen  
(Franz Bögershausen)

Helmut Westrich  
(Helmut Westrich)

P.S. Ein Durchschlag dieses Briefes geben wir an den Bundesvorstand BDKJ weiter.

An die  
Bundesvorsitzenden der KJG  
Frau Marlies Becker  
Herrn Helmut Westrich  
Postfach 320520  
Carl-Mosterts-Platz

4 Düsseldorf 30

Sehr geehrte Frau Becker,  
sehr geehrter Herr Westrich!

Bevor ich in Urlaub fahre, möchte ich mich in der Angelegenheit von Herrn Filsinger, über die wir am 5. Juli 1976 in Münster sprachen, noch einmal bemühen. Daher möchte ich einige Gedanken, die ich schon im Gespräch - und zwar in Anwesenheit von Herrn Filsinger und Herrn Bögershausen - vortrug, wiederholen, damit Mißverständnisse möglichst vermieden werden.

1. Sie haben mich über die Kandidatur von Herrn Filsinger als Bundesleiter der KJG nicht orientiert, obwohl Sie wußten,
  - daß es im vergangenen Jahr um Herrn Filsinger und seine Haltung zu einem tiefen Konflikt mit Herrn Erzbischof Schäufele und seinen Mitarbeitern gekommen war;
  - daß ich nach der Anstellung von Herrn Filsinger als Ersatzdienstleistender bei der KJG in Düsseldorf Herrn Bundespräses Böcker meine Bedenken mitteilte und ihn um eine kluge seelsorgliche Vermittlung bat; und
  - obwohl Bundespräses Böcker Ihnen seine persönlichen Bedenken und die Bedenken vieler anderer sowie auch meine Bedenken zur Mitarbeit von Herrn Filsinger in der Bundesleitung der KJG durch den damaligen Geistlichen Leiter Franz Bögershausen mitgeteilt hatte. (Von einer Kandidatur des Herrn Filsinger für die Bundesleitung habe ich erst nach vollzogener Wahl gehört.)

2. Die Bundesleitung der KJG hat Herrn Filsinger trotz Ihres Wissens um seine persönliche Einstellung und sein persönliches Verhalten als Ersatzdienstleistenden für die KJG eingestellt und ihm entsprechend seiner Forderung eine größere Wohnung mit monatlich 520.- DM Miete bezahlt. Zur gleichen Zeit hat die KJG erhebliche finanzielle Unterstützung von Seiten der Deutschen Bischofskonferenz erbeten und erhalten.
3. Der Geistliche Leiter der KJG Franz Bögershausen hatte die Möglichkeit, mich über die Kandidatur von Herrn Filsinger als Bundesleiter der KJG zu informieren. Ihm wurde davon abgeraten. In den letzten Jahren habe ich immer wieder - ganz unabhängig von der Person Herrn Filsingers - darum gebeten, über wichtige Vorgänge, insbesondere auch Kandidaturen solcher Art, rechtzeitig orientiert zu sein, wie ich auch umgekehrt die jeweils zuständigen Verbandsleitungen und die Gesamtleitung des BDKJ von mir aus über wichtige Vorgänge informiert habe. Die Bundesleitung erbat sogar - mit ausdrücklichem Hinweis auf die bevorstehende Bundesversammlung der KJG - ein dringliches Gespräch. Es fand am 26. Mai in Münster statt. Auch bei diesem Gespräch hat niemand von der Bundesleitung die umstrittene Kandidatur von Herrn Filsinger erwähnt.
4. Im Gespräch vom 5. Juli haben Sie und Herr Präses Bögershausen versichert, Sie hätten mich nicht hintergehen wollen, vielmehr angenommen, ich sei bereits über die Kandidatur informiert und hätte bewußt dazu geschwiegen. Ich muß das hinnehmen, obwohl Sie mir damit unterstellen, daß ich in einer so schwerwiegenden Angelegenheit entgegen meiner Verpflichtung als Bischof hätte schweigen wollen. Diese "Erklärung" verletzt mich genau so tief, wie ein bewußtes Verschweigen hätte verletzen können.

5. Vor der Wahl, während der Personaldebatte in Hardehausen und nach der Wahl von Herrn Filsinger sind schwere Bedenken gegen seine Wahl erhoben worden. Die Bundesleitung der KJG hat sich offensichtlich mit allem Nachdruck für die Wahl von Herrn Filsinger eingesetzt. Ein Antrag auf Verschiebung der Wahl wurde auch von der Bundesleitung der KJG abgelehnt.
6. Durch die Freiburger Vorgänge, durch die Wahldebatte und die damit verbundene Auseinandersetzung ist die Problematik um Herrn Filsinger in breiteren Kreisen diskutiert worden. Herr Bundespräsident Böcker hat das durch seine rechtzeitigen Hinweise an die Bundesleitung der KJG zu verhindern gesucht. Der formale Akt einer im Nachhinein vollzogenen Trauung ändert nichts an der Tatsache, daß die Auffassungen und das Verhalten von Herrn Filsinger mit den moralischen und pädagogischen Grundsätzen der Kirche nicht im Einklang stehen. Ich kann als Jugendbischof die Fakten nicht ungeschehen machen. Ich darf durch nachträgliche Anerkennung solcher Fakten auch nicht den Eindruck erwecken, daß die Kirche sich selbst und ihre Grundsätze nicht so ernst nähme. Würde Herr Filsinger durch eine rasch anberaumte Trauung "die Sache in Ordnung zu bringen versuchen", so wäre jetzt oder später der Vorwurf zu befürchten, Herr Filsinger habe unter Druck gehandelt. Ich habe mich darum in unserem Münsterischen Gespräch auch mit allem Nachdruck dagegen gewehrt, in diesem Sinne auf Herrn Filsinger Einfluß zu nehmen.

Nach langem Überlegen muß ich wiederholen, was ich Ihnen in Münster schon gesagt habe, nämlich daß ich bisher keine andere Lösung dieser Angelegenheit sehe, als daß Herr Filsinger sein Amt nicht antritt und den Weg zu einer Neuwahl freimacht. Er sollte das in eigenem Interesse auf eine möglichst unauffällige Weise tun. Langfristig kann ihm aus einer öffentlichen Auseinandersetzung in dieser Angelegen-

heit wohl kaum ein Vorteil erwachsen. Da es um grundsätzliche Fragen geht, glaube ich auch nicht, daß die Bischofskonferenz in diesem Punkt eine andere Haltung einnehmen wird, als ich sie bisher dargelegt habe.

Ich bitte Sie daher noch einmal sehr herzlich, in diesem Sinne mit Herrn Filsinger zu sprechen. Ich bin auch selbst weiterhin zu solchen Gesprächen bereit. Es wäre mir auch recht, wenn Herr Filsinger zu einem persönlichen Gespräch zu mir käme. Ich möchte ihm gern helfen, kann aber beim besten Willen die ohne mein Zutun geschaffenen Fakten nicht übersehen. Ich fahre am Sonntag, d. 18. Juli, in Urlaub und bin voraussichtlich am 19. August wieder in Münster. Am 30. August ist die nächste Sitzung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz.

Ich bitte Sie sehr herzlich, in dieser Angelegenheit bald auch ein Gespräch mit dem Bundesvorstand des BDKJ zu führen, wie Sie es in Münster in Aussicht genommen hatten. Bedenken Sie bitte auch Ihre Gesamtverantwortung vor den Kindern und Jugendlichen in der KJG und deren Eltern.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

*Hermin Trübnerberg*

N.B.:

Über den Beschluß bezüglich der Mitgliedschaft von Nichtkatholiken in der KJG werden wir demnächst besonders sprechen müssen.

BUNDESLEITUNG

Herrn Bischof  
Heinrich Tenhumberg  
Domplatz 27  
4400 Münster

Düsseldorf,  
den 15. Juli 1976

Sehr geehrter, lieber Bischof Tenhumberg,

Ihren Brief vom 12. 7. 76 haben wir erhalten.

In unserem Brief vom 13. 7. 76 haben wir versucht, die Situation aus unserer Sicht darzustellen. Gleichwohl ist es nun doch notwendig, auf Ihre im Brief genannten Gedanken noch einmal einzugehen, damit Mißverständnisse vermieden und Sachverhalte von Ihnen und uns gleich gesehen werden.

1. Wie in unserem Schreiben vom 13. 7. 76 ausgeführt, schien es uns nach Kenntnis der Sachlage und der daraus entstehenden Bewertung nicht so, daß wir in dem Gespräch mit Ihnen am 26. 5. 76 initiativ werden mußten.

- Die Bundesleitung wußte um den Konflikt aus dem Jahre 73/74. Sie wußte aber auch, daß dieser beigelegt werden konnte, weil sich die KJG Freiburg und ihr damaliger Diözesanleiter Dieter Filsinger zusammen mit seinen Vorstandskollegen redlich und fair darum bemüht hatten. Gleichzeitig muß deutlich werden: Wie sich später herausstellte, ging es bei dem Konflikt um Dieter Filsinger weniger um dessen Haltung, als um die grund-

sätzliche Frage des Verhältnisses Bischof - Jugendverbände und speziell um deren Autonomie.

- Von Ihren Bedenken gegen Dieter Filsinger haben wir erst nach dem Konveniat vom 17. 5. 76 erfahren. Daraus schlossen wir, daß es sich um Bedenken gegen den Kandidaten Dieter Filsinger handelte, da zu diesem Zeitpunkt seine Kandidatur feststand. Uns war nichts von Bedenken gegen den Zivildienstleistenden Dieter Filsinger bekannt.

2. Die Bundesleitung KJG wurde seit Jahren von Seiten des Bundesausschusses immer wieder aufgefordert, die Bundesstelle als Zivildienststelle anerkennen zu lassen. Dies geschah auf Antrag beim Bundesamt für den Zivildienst im Jahre 1975.

Dieter Filsinger hat sich um diese Stelle beworben und wurde von uns als fachlich qualifizierter, den Verband KJG kennender Zivildienstleistender angestellt. Er bezog in Düsseldorf mit seiner zukünftigen Frau eine gemeinsame Wohnung mit der festen Absicht, im Verlauf des Jahres 1976 zu heiraten. Diese Überlegungen von Dieter Filsinger wurden von uns respektiert.

Als Zivildienststelle sind wir nicht in der Lage Unterkünfte für Zivildienstleistende zur Verfügung zu stellen. Aus diesen Gründen müssen die bei uns ihren Dienst ableistenden Zivildienstleistenden einen Antrag auf sogenannte Heimschlaferlaubnis stellen.

Daraus erwächst uns die Verpflichtung, die Mietkosten und die Fahrtkosten von der Wohnung zum Arbeitsplatz zu übernehmen, wenn es sich um eine Mietwohnung (auch Untermiete) handelt. Diese Regelungen sind uns vom Bundesamt für den Zivildienst verbindlich vorgeschrieben.

Dieter Filsinger hat nie finanzielle Forderungen gestellt, lediglich die - die ihm rechtlich zustehende - eine Mietwohnung zu bekommen.

Wer die Mieten in Düsseldorf kennt, wird feststellen müssen, daß 455,- DM für eine Wohnung von 52 qm nicht überhöht sind. Selbst für eine Einzelperson sind 52 qm Wohnfläche nicht gerade viel,

insbesondere dann, wenn noch Arbeiten für die Dienststelle zu Hause erledigt werden müssen.

3. Franz Bögershausen hat uns von den beim Konveniat genannten Bedenken und Eindrücken berichtet. Wir haben diese Bedenken, soweit sie konkret faßbar waren, sehr lange und ernsthaft besprochen und kamen gemeinsam in Kenntnis der Sachlage und ihrer Bewertung zu dem Schluß, in dem Gespräch mit Ihnen am 26. 5. 76 nicht selbst initiativ werden zu müssen.

4. Die Gedanken, die Sie in Ihrem Brief vom 12. Juli 76 unter Punkt 4 mitgeteilt haben, möchten wir in einem weiteren Gespräch klären.

5. Es ist richtig, daß gegen den Kandidaten Dieter Filsinger - wie auch bei anderen Kandidaten(innen) in der Vergangenheit - Vorbehalte geäußert wurden, die sich offensichtlich in den Nein-Stimmen niedergeschlagen haben.

Die Personaldebatte vor einer Wahl ist nicht öffentlich. Alle Mitglieder der Konferenz sollten daher gehalten sein, in der Öffentlichkeit darüber keine Aussagen zu machen.

Wir haben uns gegen eine Verschiebung der Wahl ausgesprochen. Der Konferenz gaben wir zu bedenken, was es gerade im Hinblick auf Aktion und Großveranstaltung bedeutet, keine vollständige Bundesleitung (wenigstens Laienleitung) zu haben, zumal es einen Kandidaten gab. Dies mitzuteilen ist und bleibt Verpflichtung einer Bundesleitung.

Die Bundesleitung hat das Recht, und die Pflicht, wie jedes Konferenzmitglied, zum Kandidaten Stellung zu nehmen. Dies hat sie getan.

6. Zur Frage der moralischen und pädagogischen Auffassung von Dieter Filsinger zu Grundsätzen der Kirche haben wir in unserem Brief vom 13. 6. 76 und in dieser Stellung bezogen.

7. Wir haben Dieter Filsinger über Ihren Brief informiert und mit ihm die von Ihnen angeschnittenen Fragen besprochen. Gleichzeitig haben wir ein Gespräch mit Bundespräsident Böcker geführt, der auch bei der Sitzung unseres Bundesausschusses war. Mit dem gesamten Bundesvorstand des BDKJ konnten wir aus Termingründen und in Anbetracht der Urlaubszeit noch nicht sprechen, werden dies aber sobald als möglich anstreben, da uns daran gelegen ist

8. Sehr geehrter Bischof Tenhumberg, die umfangreichen und differenziert zu betrachtenden Punkte möchten wir gerne nach Ihrem und unserem Urlaub gemeinsam besprechen, da wir meinen, nur im Gespräch einen Schritt weiter zu kommen.

Genau wie Sie, sind auch wir an einer sachlichen Lösung der anstehenden Fragen und Probleme interessiert, sehen es aber als notwendig an, andere Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Unserer Verantwortung vor dem Gesamtverband und allen Mitgliedern, als auch unserer Verpflichtung gegenüber der Kirche und den dabei betroffenen Personen sind wir uns bewußt.

Im Hinblick auf den ständigen Rat am 30. 8. 76 bitten wir Sie nicht initiativ zu werden, bevor wir weitere Gespräche geführt haben.

Mit freundlichen Grüßen

*Marlies Becker*  
(Marlies Becker)  
Bundesleiterin

*Helmut Westrich*  
(Helmut Westrich)  
Bundesleiter

P.S. Eine Fotokopie dieses Briefes übersenden wir an den Bundesvorstand BDKJ

Dieter Filsinger

Charlottenstr. 12  
4000 Düsseldorf,  
19. Aug. 1976

Herrn  
Bischof Heinrich Tenhumberg  
Domplatz 27  
4400 Münster

Sehr geehrter Herr Bischof Tenhumberg,

ich habe Ihnen bei unserem Gespräch am 17. Juli 1976 in Münster zugesagt, Sie über meine Entscheidung bezüglich meines Amtesantritts als Bundesleiter der KJG zu informieren. Dies will ich hiermit tun.

Zunächst möchte ich Ihnen versichern, daß ich Ihre Gedanken und Bedenken ernsthaft durchdacht habe, bevor ich meine Entscheidung getroffen habe. Ich habe darüber auch intensiv mit meinen Mitarbeitern gesprochen. Ich halte meine Lebensform nicht nur für eine Privatangelegenheit. Aus diesem Grunde bin ich gerne bereit, dazu Stellung zu beziehen.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal meine Haltung und mein Verhalten erklären:

1. Es ist richtig, daß ich mit meiner zukünftigen Frau zusammenwohne. Dem Entschluß, in Düsseldorf eine gemeinsame Wohnung zu beziehen, ging die Entscheidung voraus, eine langfristige Bindung, d.h. eine Ehe einzugehen.

Eine Heirat war deshalb von vorneherein geplant, konnte jedoch noch nicht verwirklicht werden, da nichteing geplante Umstände dies nicht erlaubten. Dazu gehörte, daß sich mein 2. Examen verzögerte und die Arbeit in der Bundesstelle (Vorarbeiten und Planungen für Aktion und Großveranstaltung, Vorbereitung der Bundeskonferenz usw.), nicht vorhersehbare Ausmaße annahm. Außerdem mußte ich bereits lange vorher eingegangenen Verpflichtungen nachkommen.

Eine Heirat hätte also nur unter zeitlichem Streß stattfinden können.

Ich möchte den Charakter einer kirchlichen Trauung ernst nehmen. (Öffentlichkeitscharakter, Gemeinde)

Das hat zur Konsequenz, daß eine solche Heirat sich nicht von heute auf morgen verwirklichen läßt, zumal nicht nur ich Zeitprobleme habe, sondern auch diejenigen, die an einer solchen Feier teilnehmen sollen, bzw. müssen.

Ich habe darüber mit der Bundesleitung gesprochen. Sie hat meine Haltung akzeptiert.

2. Ich habe mit dieser Haltung und meinem Verhalten weder die Norm der Ehe für mich außer Kraft setzen wollen, noch neue Normen in diesem Bereich demonstrieren wollen.

Ich bejahe die Norm der Ehe für mich, auch wenn ich den formalen Akt der Eheschließung noch nicht vollzogen habe.

Es bedarf sicherlich keines eigenen Hinweises, daß Entscheidungen bezüglich unserer Beziehung gemeinsam zwischen mir und meiner zukünftigen Frau getroffen wurden.

Bei meiner Entscheidung standen mehrere Güter zur Disposition.

- u.a.:
- der formelle Akt der Eheschließung (staatlich und kirchlich)
  - meine Beziehung zu meiner zukünftigen Frau
  - meine Möglichkeit in Düsseldorf zu "leben" (wir waren beide neu in Düsseldorf, neuer Arbeitsplatz/neuer Studienplatz, usw.)
  - eine Trauung zu gestalten, die ihrem Charakter gerecht wird.

Nach Abwägung aller dieser Güter habe ich mich für die bereits genannte Lösung entschieden, weil ich meine, daß es dafür vernünftige Gründe gab. (s.o.)

Die mir von Ihnen zur Last gelegte Normverletzung bezieht sich also auf den formalen Akt der Eheschließung, nicht jedoch auf ihren Inhalt. Ich bitte Sie, dies bei Ihrer Beurteilung zu berücksichtigen.

Ich will den formalen Akt der Eheschließung nichtgeringschätzen. Ich mußte jedoch in dieser Situation diesem eine sekundäre Priorität zumessen. Eine Eheschließung unter Zeitdruck und unter Verzicht auf ihre Gemeindebezogenheit, nur um der formalen Norm zu genügen, war für mich keine akzeptable Lösung.

Ich bedaure, daß ich durch mein Verhalten den Eindruck erweckt habe, als habe die Norm der Ehe für mich keine Gültigkeit. Diesen Eindruck hoffe ich durch diese Stellungnahme verändern bzw. korrigieren zu können.

Herr Bischof, Sie haben mir in Münster deutlich gesagt, daß Sie mir meine subjektive Glaubwürdigkeit nicht absprechen wollen. Ich bitte Sie daher um Verständnis für meine Haltung und mein Verhalten.

Ich habe eine Heirat geplant und werde diese in den nächsten Wochen verwirklichen.

Ihre Bedenken, daß diese Heirat unter Druck zustandekommen könnte, kann ich guten Gewissens zerstreuen.

3. Sie führen weiterhin den Freiburger Konflikt als Grund für Ihre Bedenken gegen einen Amtsantritt als Bundesleiter an. Aus Ihren Ausführungen geht nicht hervor, was Sie mir konkret vorwerfen. Aus diesem Grunde sehe ich mich außerstande, hierzu Stellung zu beziehen.

Ich halte es nicht für verantwortlich formal Vorwürfe zu erheben, ohne diese zu benennen und zu begründen. Bis heute hat dies auch der Freiburger Erzbischof nicht getan.

Einem großen Teil der Mitglieder der Bundeskonferenz war dieser Konflikt bekannt. In der Personalbefragung wurde ich dahingehend befragt.

4. Bezüglich Ihrem Lösungsvorschlag habe ich mich folgendermaßen entschieden.

Ich habe bereits in Münster dafür plädiert, nach anderen Lösungen zu suchen. Sie sahen damals keine andere Lösung.

Ich wurde bei der Bundeskonferenz in Hardehausen mit einer für mich überzeugenden Mehrheit gewählt. Ich habe der Bundeskonferenz zugesagt, mein Amt am 1. Oktober 1976 anzutreten.

Ich sah damals und sehe auch heute keinen Hindernisgrund für einen Amtsantritt. Ich bin deshalb nicht bereit, der Bundeskonferenz meinen Rücktritt mitzuteilen. Ihr Vorschlag, mein Amt nicht anzutreten wäre nur auf diesem Wege zu verwirklichen.

Die dadurch entstehenden Probleme bin ich gerne bereit, zu besprechen und zu bearbeiten.

Bedenken gegen mich, wie die Ihrigen, oder die bei der Bundeskonferenz vorgetragenen, nehme ich ernst. Ich hoffe, darüber in einen Dialog eintreten zu können.

Das Amt des Bundesleiters ist aus gutem Grunde der Beliebigkeit u.a. des Amtsinhabers entzogen.

Er kann seinen Rücktritt nur vor der Bundeskonferenz erklären. Er kann und darf dies also nicht auf "unauffällige Weise" tun. Er muß darum bitten, eine außerordentliche Bundeskonferenz einzuberufen. Die Bundeskonferenz muß darüber entscheiden, ob sie diesen Rücktritt annimmt.

Ich halte diese Regelung für sinnvoll und möchte mich daran halten.

Ich habe mich um dieses Amt beworben und möchte das Amt auch gerne antreten. Ich möchte dies aber nicht um jeden Preis, vor allem nicht gegen den Willen der Mehrheit der Diözesanleitungen, sollte dies der Fall sein.

Die Satzung der KJG sieht die Möglichkeit einer Abwahl vor. Ich möchte Sie bitten, wenn Sie nach wie vor der Überzeugung sind, daß ein Rücktritt die einzige Lösung ist, diesen Weg zu beschreiten.

Sie haben in der Vergangenheit mehrmals die Selbständigkeit der katholischen Jugendverbände bestätigt. Ich bitte Sie daher, die vorgesehenen Verfahren zu akzeptieren und ferner der durch dieses Verfahren gewählten Bundesleitung Ihr Vertrauen zu schenken.

Die Diözesanleitungen der KJG habe ich in einem Schreiben ausdrücklich auf diese Möglichkeit hingewiesen.

Sollte sich bei einer a.o. Bundeskonferenz und bei einem eventuellen Mißtrauensantrag eine absolute Mehrheit für eine Abwahl ergeben (die Satzung sieht eine 2/3 Mehrheit vor), werde ich selbstverständlich mein Amt zur Verfügung stellen.

Ich glaube, damit eine verantwortbare und verantwortliche Entscheidung getroffen zu haben.

Ich darf Ihnen versichern, daß ich an einer öffentlichen Auseinandersetzung nicht interessiert bin. Ich halte sie weder für die KJG noch für die Kirche sinnvoll.

Eine Lösung durch Gespräche, bei denen die anstehenden Fragen besprochen werden könnten, halte ich immer noch für möglich und sinnvoll, zumal der Kreis derjenigen, darüber Informierten, relativ gering ist.

Ich erwarte nicht, daß Sie Ihre Haltung ändern. Ich würde mich jedoch freuen, wenn Sie Verständnis aufbringen könnten, und Sie gemeinsam mit uns nach einer anderen, als ursprünglich von Ihnen vorgeschlagenen Lösung suchen würden.

Ich will alles dafür tun, um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ihnen als Jugendbischof und uns der Bundesleitung zu ermöglichen.

Ich bitte Sie auch, mir meine Entscheidungsfreiheit zuzubilligen, und nicht von der Art meiner Entscheidung eine weitere Arbeitmöglichkeit in der Kirche abhängig zu machen, wie Sie es in dem Gespräch in Münster vorgetragen haben. Ich möchte weiterhin gerne in der Kirche arbeiten.

Ich bitte darum, eine Lösung in weiteren Gesprächen zu suchen. Dafür stehe ich jederzeit zur Verfügung.

In der Hoffnung auf eine Verständigung grüße ich Sie

*Johannes Hilber*

Eine Kopie dieses Schreibens erhalten vertraulich:

1. Diözesanleitungen KJG
2. die nebenamtlichen Referenten der Bundesstelle (Börger, Birkert, Vorländer, Ingerfeld)
3. die Mitglieder des Bundesausschuß KJG
4. Bundesvorstand BDKJ

P.S. Bis zum 4. September d. J. befinde ich mich in Urlaub. Danach stehe ich jederzeit zu weiteren Gesprächen zur Verfügung.

Dieter Filsinger

Carl-Mosterts Platz 1  
4 Düsseldorf 30  
19. August 1976

An die  
Diözesanleitungen KJG

Liebe Freunde,

die Bundesleitung hat Euch in ihrem Schreiben vom 19.7.76 mitgeteilt, daß ich Euch noch eine Stellungnahme meinerseits zu der derzeitigen Situation übersenden werde. Das will ich hiermit tun.

Meine Stellungnahme zu den Vorwürfen, die von Bischof Tenhumberg gegen mich erhoben werden, habe ich bereits in einem Brief an ihn formuliert.

Ich verzichte deshalb hier auf eine Wiedergabe, da eine Kopie dieses Schreibens diesem Brief beiliegt, so daß Ihr daraus meine Stellungnahme entnehmen könnt.

Ich möchte in diesem Brief noch auf ein paar andere Fragen eingehen:

1. Ich habe bei der Personalbefragung auf der Bundeskonferenz über diese Sache nicht berichtet. Das wurde von einem Teil der Diözesanleitungen kritisiert. Ich kann das gut verstehen und bedaure dies nicht dargelegt zu haben. Ich bitte Euch jedoch um Verständnis, daß ich zum Einen davon ausging in Kürze verheiratet zu sein, und deshalb keinen Hinderungsgrund für eine Kandidatur als Bundesleiter sah.

Bezüglich der Bedenken von Bischof Tenhumberg war ich auf die gleichen Informationen angewiesen wie die Bundesleitung und unterlag deshalb dem gleichen Mißverständnis wie diese und sah deshalb keine Notwendigkeit diese Sache von mir aus anzuschneiden. Die Tatsache, daß eine ganze Reihe von Konferenzteilnehmern von meiner persönlichen Lebensform wußte, mag dies nicht entschuldigen, vielleicht aber jedoch erklären. Ich darf darauf verweisen, daß das bei der Bundeskonferenz anwesende Mitglied des Bundesvorstandes über die Bedenken von Bischof

Tenhumberg informiert war, aber allem Anschein nach nicht die Notwendigkeit sah, die Bundeskonferenz darüber zu informieren.

2. Ich habe mich nach eingehenden Überlegungen und nach vielen Gesprächen mit Mitarbeitern entschieden mein Amt als Bundesleiter am 1. Oktober dieses Jahres anzutreten. Ich kann derzeit kein Hindernis für diesen Amtsantritt sehen. Ich habe deshalb die von Bischof Tenhumberg vorgeschlagene Lösung abgelehnt. Ein Rücktritt "auf unauffällige Weise", wie dies Bischof Tenhumberg vorgeschlagen hatte, halte ich weder für möglich noch für verantwortbar.

Ich möchte das Amt des Bundesleiters gerne wahrnehmen, deshalb habe ich mich darum beworben. Ich möchte dies jedoch nicht um jeden Preis. Meiner Verantwortung gegenüber dem Verband bin ich mir dabei voll bewußt.

Sollten jedoch Diözesanleitungen der Meinung sein, daß ich aufgrund des Vorwurfes bzgl. meiner Lebensform nicht geeignet bin, und eine Ablösung wünschen, so sieht unsere Satzung dafür ein Verfahren vor. Die Formulierung eines Mißtrauensantrages und die damit verbundene Einberufung einer außerordentlichen Bundeskonferenz.

Ich möchte diejenigen, die eine Abwahl wünschen herzlichst bitten, diesen Antrag zu stellen.

Ich glaube, daß dadurch eine partnerschaftliche Auseinandersetzung ermöglicht wird, bei der Vorwürfe benannt werden, dazu vonseiten der Betroffenen Stellung bezogen werden kann und eine sachliche Beurteilung möglich wird.

Ein Rücktritt meinerseits, von dessen Richtigkeit ich derzeit nicht überzeugt bin und ohne eine sachliche Auseinandersetzung mit denen, die mich gewählt haben, und denen ich verantwortlich bin, halte ich nicht für partnerschaftlich.

3. Als ich mich zur Wahl gestellt habe, habe ich mich bewußt auch auf die Spielregeln des Verbandes eingelassen. Ich will deshalb diese ernst nehmen und danach handeln.

Unsere Satzung sieht eine zweidrittel Mehrheit für eine Abwahl vor. Ich werde zurücktreten, wenn aufgrund eines Mißtrauensantrages und einer vorherigen ausführlichen sachlichen Ausein-

andersetzung sich keine absolute Mehrheit mehr für mich findet. Ich halte es nicht für sinnvoll, ein Amt fortzuführen, für dessen Ausfüllung keine qualifizierte Mehrheit vorhanden ist.

Einige der Diözesanleitungen, mit denen ich in der Zwischenzeit gesprochen habe, oder die der Bundesleitung eine schriftliche Information haben zugehen lassen, haben mich in meiner Haltung, bzgl. des Vorgehens bestärkt. Sie haben mir auch zu verstehen gegeben, daß sie ihre Entscheidung, die sie bei der Bundeskonferenz getroffen haben, aufrecht erhalten wollen.

Ich befürworte eine sachliche Konfliktlösung in dieser Angelegenheit. Dafür will ich mich einsetzen.

Ich glaube immer noch, daß im Dialog das Problem bearbeitet werden kann.

Ich will derzeit eine öffentliche Auseinandersetzung vermeiden und bitte deshalb darum, diese Angelegenheit, als auch dieses Schreiben vertraulich zu behandeln.

Zu gegebenem Zeitpunkt wird die Bundesleitung, bzw. ich, Euch weiter informieren. Für weitere Stellungnahmen Eurerseits wäre ich sehr dankbar.

In der Hoffnung, daß wir gemeinsam eine Konfliktlösung erreichen werden,

grüße ich Euch



(Dieter Filsinger)

Anlage:

Eine Kopie meines Schreibens an Bischof Tenhumberg vom gleichen Datum.

Kaiserstr. 163  
5300 Bonn  
Telefon (0 22 31) 103 - 3  
Durchwahl 103: 290  
Telex 8 869 438AZ \_\_\_\_\_  
JNr. S 11646/76 - H/1e

Datum 24. August 1976

KJG	
Bundesleitung	
Eing.:	26.8.76
Coarb.:	_____
Anhw.:	_____
w.g.:	_____

An die  
Bundesvorsitzenden der KJG  
Frau Marlies Becker  
Herrn Helmut Westrich  
Postfach 320520  
4000 Düsseldorf 30Sehr geehrte Frau Becker,  
sehr geehrter Herr Westrich!

Herr Bischof Tenhumberg hat als Vorsitzender der Pastorkommission der Deutschen Bischofskonferenz und damit verantwortlicher Bischof für die Jugendseelsorge mich beauftragt, Ihnen den Eingang Ihrer Briefe vom 13. Juli und vom 15. Juli dieses Jahres zu bestätigen und - nach Eingang eines Schreibens von Herrn Filsinger in dieser Sache vom 19. August 1976 - folgendes mitzuteilen.

Aus dem vorliegenden Briefwechsel ergibt sich folgender Sachverhalt:

1. Herr Filsinger lebt seit einiger Zeit mit seiner zukünftigen Frau zusammen, von vornherein mit der Absicht, erst im Laufe des Jahres 1976 zu heiraten. Dies Verhalten widerspricht in einer grundlegenden sittlichen Frage der kirchlichen Lehre und Ordnung.
2. Daß dies Verhalten von Herrn Filsinger im Widerspruch steht zur kirchlichen Lehre, dürfte auch der Bundesleitung von vornherein bewußt gewesen sein. Außerdem sind der Bundesleitung die Bedenken von Herrn Bischof Tenhumberg - die Einstellung von Herrn Filsinger als Zivildienstleistender bei der KJG ist ihm erst im nachhinein bekannt geworden - durch Herrn Bundespräsidenten des BDKJ Walter Böcker mitgeteilt worden.
3. Trotzdem hat die Bundesleitung die Kandidatur von Herrn Filsinger für die Bundesleitung unterstützt, ihn eingestellt und dann auch seine Kandidatur als Bundesleiter gefördert, ohne das im Widerspruch zur kirchlichen Ordnung

stehende Verhalten von Herrn Filsinger der Bundeskonferenz mitzuteilen. Daß Herr Filsinger für das Amt des Bundesleiters der KJG kandidierte, hat die Bundesleitung der KJG gegenüber Herrn Bischof Tenhumberg verschwiegen, obwohl sie mit ihm vor der Bundeskonferenz der KJG ein eingehendes Gespräch geführt hatte.

4. Als Bischof Tenhumberg die Wahl von Herrn Filsinger zum Bundesleiter der KJG bekannt wurde, hat er sofort die Bundesleitung um ein Gespräch gebeten und dabei mitgeteilt, daß er als verantwortlicher Bischof dies nicht hinnehmen könne. Bischof Tenhumberg hat dies auch in einem Gespräch und dann schriftlich Herrn Filsinger mitgeteilt und ihn zugleich gebeten, sein Amt nicht anzutreten.

Nunmehr hat Herr Filsinger mit Schreiben vom 19. August Herrn Bischof Tenhumberg seine Entscheidung mitgeteilt, trotz dieser Bedenken sein Amt anzutreten. Die Bundesleitung der KJG hat mit Schreiben vom gleichen Tag den genannten Brief von Herrn Filsinger an Herrn Bischof Tenhumberg wie auch ein vom gleichen Tag datiertes Schreiben von Herrn Filsinger an die Diözesanleitungen KJG allen Diözesanleitungen der KJG und den Mitgliedern des Bundesausschusses mitgeteilt. In seinem Schreiben an die Diözesanleitungen teilt Herr Filsinger ebenfalls mit, daß er sein Amt als Bundesleiter der KJG antreten möchte.

Somit ergibt sich die Tatsache, daß die Bundeskonferenz der KJG - dies war offenbar der Mehrheit der Bundeskonferenz nicht bekannt - einen Bundesleiter gewählt hat, der in seinem persönlichen Verhalten in einer entscheidenden Frage im eindeutigen Widerspruch steht zur katholischen Lehre und Ordnung. Die Aufforderung von Herrn Bischof Tenhumberg an Herrn Filsinger, sein Amt - in eigenen Interesse möglichst unauffällig - nicht anzutreten, ist von Herrn Filsinger abgelehnt worden.

Es ist aber mit dem Charakter eines katholischen Verbandes unvereinbar, daß der Bundesleiter in seinem persönlichen Verhalten im Widerspruch steht zur kirchlichen Lehre und Ordnung. Daran ändert sich auch nichts, wenn im nachhinein eine Eheschließung erfolgt.

Auch wenn die KJG ein freier Zusammenschluß junger Katholiken ist und insofern ihre Angelegenheit in eigener Verantwortung regelt, so gilt doch selbstverständlich, daß sich die KJG als katholischer Verband an die kirchliche Lehre und Ordnung halten muß. Dies ist im vorliegenden Fall nicht geschehen.

Es ist Aufgabe der Bischöfe, wie es das II. Vaticanum in seinem Dekret über das Laienapostolat (N. 24) erneut dargelegt hat, in den Laienverbänden letztverantwortlich dafür Sorge zu tragen, "daß Lehre und Ordnung gewahrt bleiben".

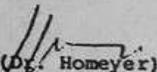
Darum muß erwartet werden, daß die KJG - entsprechend ihrer Autonomie als freier katholischer Verband - den eingetretenen Zustand baldmöglichst ändert.

Nur dadurch kann verhindert werden, daß die Deutsche Bischofskonferenz sich gezwungen sieht, der weiteren Bezeichnung der KJG als katholischer Verband zu widersprechen, so daß sich die KJG nicht mehr als katholischer Verband bezeichnen könnte, entsprechend der auf der Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz 1969 getroffenen Regelung unter Bezugnahme auf das Dekret über das Laienapostolat des II. Vatikanischen Konzils.

Darum bitte ich Sie im Auftrage von Herrn Bischof Tenhumberg sehr eindringlich, nun Ihrerseits tätig zu werden.

Es liegt gewiß im Interesse aller Beteiligten, daß das bisher gute Vertrauensverhältnis zwischen der KJG und den Bischöfen erhalten bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

  
(Dr. Homeyer)

Sekretariat der  
Deutschen Bischofskonferenz  
Herrn Prälat Dr. Josef Homeyer  
Kaiserstr. 163

5300 B e n n

Düsseldorf,  
den 13. Sept. 1976  
Be - Kr

Sehr geehrter Herr Prälat Dr. Homeyer,

wir bestätigen Ihnen den Eingang Ihres Briefes vom 24. 8. 1976.

Zunächst wollen wir einige Darstellungen in Ihrem Brief sachlich richtig stellen.

Zu 1: Es ist richtig, daß Herr Filsinger mit seiner zukünftigen Frau zusammen lebt. Wie Herr Filsinger in dem Gespräch mit Bischof Tenhumberg und in seinem Brief vom 19. 8. ausgeführt hat, hatte er von vornherein eine Heirat geplant (nicht erst in 76), sah jedoch auf Grund mehrerer Umstände, die er in seinem Schreiben an Bischof Tenhumberg vom 19. 8. 1976 benannt hat, keine Möglichkeit zu heiraten.

Zu 2: Die Bundesleitung wurde in diesem Fall vor der Bundeskonferenz von Bischof Tenhumberg nie direkt informiert. Bundespräsident Bückler informierte Franz Böggershausen am 17. Mai 1976 in einem informellen Gespräch über diverse Bedenken gegen Dieter Filsinger. Der Bundesvorstand war über den Sachverhalt nach eigenen Angaben hinreichend informiert. Dennoch hat die Bundesvorsitzende Frau Dr. E. Schmid-Egger bei der Bundeskonferenz der KJG nicht darüber berichtet.

Zu 3: Die Darstellung in diesem Punkt muß korrekt lauten:

Die Bundesleitung hat Herrn Filsinger im Dezember des Jahre 1975 als Zivildienstleistenden eingestellt. Im Mai 1976 hat sich Herr Filsinger zu einer Kandidatur als Bundesleiter der KJG entschieden.

Die Bundesleitung hat in ihren Schreiben vom 13. Juli und 15. Juli ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie Bischof Tenhumberg nicht bewußt die Kandidatur von Herrn Filsinger verschwiegen hat, sondern davon ausging, daß Bischof Tenhumberg über die Kandidatur von Dieter Filsinger orientiert sei. Dies mußte die Bundesleitung aufgrund der Informationen vom Bundespräsident Walter Bückler gesichert annehmen.

Zur Darstellung des Sachverhaltes weisen wir im Übrigen auf unsere Schreiben vom 13. 7. und 15. 7. 1976 und auf den Brief von Bischof Tenhumberg vom 12. Juli 1976 (Seite 1, letzte Zeile) hin.

Zu dem Vorwurf der gewählte Bundesleiter Dieter Filsinger stehe in einer entscheidenden Frage in eindeutigen Widerspruch zur katholischen Lehre und Ordnung und zu den von Ihnen dargelegten Konsequenzen möchten wir feststellen.

1. Wir haben die Bedenken von Bischof Tenhumberg immer ernst genommen und uns damit auseinandergesetzt. Das wollen wir auch weiterhin tun.
2. Wir befürworten eine sachliche Auseinandersetzung über die angesprochenen Fragen, an der alle Konfliktpartner sich beteiligen. Sie ist notwendig, weil es zu den angesprochenen Sachfragen eine differenzierte Beurteilung im Verband gibt. Aus diesem Grunde haben wir dem Bundesausschuß vorgeschlagen, eine außerordentliche Bundeskonferenz einzuberufen. Der Bundesausschuß hat dem zugestimmt. Die Bundesleitung hat für den 5. bis 7. Nov. 1976 eine außerordentliche Bundeskonferenz einberufen. Zu dieser Bundeskonferenz, zu der wir auch Bischof Tenhumberg einladen werden, möchten wir Sie schon jetzt recht herzlich einladen. Ein gesondertes Schreiben werden Sie noch erhalten.

Diese außerordentliche Bundeskonferenz wird die anstehenden Fragen diskutieren und mögliche Lösungswege entwickeln. Dabei wird die Bundeskonferenz selbst eine Beurteilung der Sachlage vornehmen müssen und können.

3. Wir haben und wollen in keiner Weise den Bischöfen das Recht bestreiten, zu Fragen eines katholischen Jugendverbandes Stellung zu beziehen.
4. Die Bundeskonferenz der KJG hat als oberstes beschlussfassendes Organ des Bundesverbandes der KJG ein Recht darauf - das haben Sie in Ihrem Schreiben eigens betont - ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Wir sind der Überzeugung, daß die Bundeskonferenz ihrem selbstgesetzten Auftrag gerecht werden wird.
5. Wir halten es jedoch für unvereinbar mit diesem Prinzip und für einen Dialog nicht utmöglich, wenn Sie Konsequenzen aufzeigen, die als weitreichende Sanktionen für den Verband gewertet werden müssen.

Sehr geehrter Herr Prälat Honeyer, wir wollten Ihnen mit diesem Schreiben kurz die wichtigsten Punkte nennen, über die wir mit Ihnen gerne am 15.9. gesprochen hätten.

Wir danken Ihnen für das Angebot eines Gesprächs, das wir mit Ihrem Sekretariat vereinbart haben.

Mit freundlichen Grüßen  
Die Bundesleitung KJG

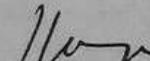
Harlies Becker  
Bundesleiterin

Helmut Vestrich  
Bundesleiter

Der Ständige Rat hat das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz beauftragt, dies Ergebnis seiner Beratung Ihnen mitzuteilen und ggf. Ihnen für Gespräche zur Verfügung zu stehen.

Sollten Sie ein solches Gespräch wünschen, stehe ich gern zu Ihrer Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

  
(Dr. Homeyer)

DER STÄNDIGE RAT  
DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ

Kalenstraße 163  
5300 Bonn  
Telefon (0228) 100-1  
Durchwahl 1031  
Telex 8669 438

AZ  
Nr. S 11 964/76 - H/ha

Datum 10. Sept. 1976

KJG Bundesleitung	
Eing.:	14. 9 76
Bearb.:	_____
Antw.:	_____
w.g.g.:	_____

An die  
Bundesvorsitzenden der KJG  
Frau Marlies Becker  
Herrn Helmut Westrich  
Postfach 320520  
4000 Düsseldorf 30

Sehr geehrte Frau Becker,  
sehr geehrter Herr Westrich!

Der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz hat auf seiner letzten Sitzung am 30. August u.a. auch die Wahl von Herrn Filsinger als Bundesleiter der Katholischen Jungen Gemeinde erörtert. Dabei hat er nachdrücklich die von Herrn Bischof Tenhumberg sowohl Herrn Filsinger wie auch Ihnen gegenüber vertretene Auffassung unterstützt. Insbesondere hält es der Ständige Rat mit dem Charakter eines katholischen Verbandes für unvereinbar, daß der Bundesleiter in seinem persönlichen Verhalten in einer entscheidenden Frage - wie im Fall von Herrn Filsinger - im Widerspruch steht zur kirchlichen Lehre und Ordnung.

Darum erwartet der Ständige Rat von der Katholischen Jungen Gemeinde, bald einen neuen Bundesleiter zu wählen. Außerdem beanstandet der Ständige Rat das Verhalten der Bundesleitung im Zusammenhang mit der Wahl des neuen Bundesleiters: nämlich das persönliche Verhalten von Herrn Filsinger gebilligt und gefördert, und sowohl dem Jugendbischof wie auch der Bundeskonferenz KJG wichtige diesbezügliche Informationen verschwiegen zu haben.

Schließlich geht der Ständige Rat davon aus, daß die Klärung der Frage des Bundesleiters erfolgt sein muß, bevor die von der KJG geplante Großveranstaltung in Aachen stattfindet.

einen Vorsitzenden wählt bzw. an ihm festhält, dessen Verhalten im öffentlich bekannten Widerspruch zu elementaren Grundsätzen der Kirche steht, macht es von sich aus den Bischöfen unmöglich, ihn als katholischen Verband weiter anzuerkennen und zu fördern. Bei einem Verband, der prägenden Einfluß auf die heranwachsende Jugend hat und durch seine Meinung und Praxis Maßstäbe für deren Leben setzt, wiegt das Beispiel der leitenden Mitarbeiter besonders schwer. Angesichts der besonderen Situation der vielen Kinder und Jugendlichen, die zu diesem Verband gehören, sowie angesichts der Verantwortung, die die Eltern aufgrund kirchlicher Empfehlung diesem Verband entgegenbringen, können sich die Bischöfe von ihrer Mitverantwortung für diesen Sachverhalt nicht dispensieren.

Mit einem Nachholen Kirchlicher Eheschließung und einem prinzipiellen Bekenntnis zur christlichen Ehe kann es hier nicht getan sein. Nicht allein das prinzipielle sondern das konkrete Ja zur Lehre und Norm der Kirche ist erforderlich. Kirchliche Eheschließung ist nicht Formsache, sondern Fundament für die Ehe.

Wir wissen, daß es unter uns Christen immer wieder menschliches Fehlverhalten und Sünde geben wird. Daher muß unter uns auch immer wieder Vergebung geübt und ein neuer Anfang ermöglicht werden. Einen solchen neuen Anfang wollen wir auch Herrn Filsinger keineswegs unmöglich machen. Aber dieser neue Anfang kann nicht darin bestehen, daß er gerade jetzt eine so wichtige zentrale Leitungsaufgabe im Bereich der kirchlichen Jugendarbeit übernimmt, zumal er selbst bis zuletzt sein Fehlverhalten entgegen der kirchlichen Lehre und Ordnung verteidigt hat. Bei aller Rücksicht auf die Person dürfen wir alle miteinander auch unsere Verantwortung für die Signalwirkung unseres Verhaltens nicht übersehen. Das hätte auch Herr Filsinger bedenken müssen.

Aus den genannten Gründen und aufgrund unserer Verpflichtung, die verbindliche kirchliche Lehre über Ehe und Kirchliche Eheschließung unmißverständlich zu vertreten, sehen wir Bischöfe keinen anderen Weg, als in aller Deutlichkeit und abschließend festzustellen: Mit dem Charakter der KJG als katholischer Verband ist das Verbleiben ihres gewählten Vorsitzenden in seiner Stellung nicht vereinbar.

Die Bischöfe bedauern es sehr, gegenüber einem so verdienstvollen und bewährten Verband, wie der KJG, eine solche Feststellung treffen zu müssen. Der für die

DER VORSITZENDE  
DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ

8 München 7,  
Kardinal-Faulhaber-Straße 7

Eintrachtstr. 164

5000 Köln, 1. Oktober 1976

An den  
Bundesvorstand der KJG  
z.Hd. Frau Marlies Becker  
Postfach 320520  
4000 Düsseldorf 30

KJG Bundesleitung	
Eing.:	4.10.76
Bearb.:	_____
Anhw.:	_____
w.g.g.:	_____

Sehr geehrte Frau Becker,

die deutschen Bischöfe haben sich in der Herbst-Vollversammlung ausführlich über die Vorgänge im Zusammenhang mit der Wahl von Herrn Filsinger und über den diesbezüglichen Briefwechsel mit dem Bischof von Münster informiert und die Sachlage eingehend erörtert.

Die Vollversammlung hat mich beauftragt, Ihnen - und vor allem den Mitgliedern der Bundesversammlung der KJG - die Meinung der deutschen Bischofskonferenz mitzuteilen. Wir legen auf die Information der Bundesversammlung besonderen Wert, da diese vor einer Entscheidung von großer Tragweite steht, bei der sie die Meinung der Bischöfe und die Begründung dafür kennen sollte.

Der neu gewählte Bundesleiter der KJG, Herr Filsinger, hat das gemeinsame Leben mit seiner festen Freundin aufgenommen, ohne kirchlich verheiratet zu sein. Für Christen beginnt das eheliche Leben aber erst mit der kirchlichen Eheschließung, d.h. mit dem Empfang des Ehesakramentes. Somit widerspricht das Verhalten von Herrn Filsinger in einer wesentlichen Frage der kirchlichen Lehre und Ordnung. Dies können und werden die deutschen Bischöfe nicht hinnehmen.

Es geht der Deutschen Bischofskonferenz keinesfalls darum, die Selbständigkeit eines katholischen Verbandes willkürlich zu beschränken, und das Recht der freien Koalition in der Kirche amtlich zu unterlaufen. Ein Verband aber, der

Bischöfe unbegreifliche Vorgang der Wahl von Herrn Filsinger und dessen anschließende Äußerungen zwingen die Bischöfe dazu, an ihrer Meinung zu diesem Vorgang keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen. Da die Bundesversammlung KJG vor der Wahl von Herrn Filsinger offensichtlich nicht umfassend informiert war, bitten wir, diese unsere Mitteilung allen Mitgliedern der Bundesversammlung zuleiten zu wollen.

Mit freundlichen Grüßen

+ Joseph Carl. Höffner

(Joseph Kardinal Höffner)